



Wirtschafts- und sozialpolitische Einstellungen und Populismus: Vertikale Konfliktachsen statt ideologischer Konsistenz

Nicolas Binder 

Eingegangen: 12. Juli 2023 / Angenommen: 27. Oktober 2023 / Online publiziert: 23. November 2023
© The Author(s) 2023

Zusammenfassung Aktuelle Forschung verbindet populistische Einstellungen von BürgerInnen mit ökonomischen Sorgen, Gefühlen fehlender Anerkennung oder politischer Unzufriedenheit. Dieser Artikel untersucht, welche konkreten wirtschafts- und sozialpolitischen Einstellungen BürgerInnen mit Populismus verknüpfen. Argumentiert wird, dass die Bewertung konflikthafter vertikaler gesellschaftlicher Relationen die Zusammenhänge strukturiert: Als ökonomische Oben-Unten-Relationen werden das Verhältnis von Staat zu WirtschaftsakteurInnen und von ressourcenreich zu ressourcenarm begriffen. Populismus definiert sich über die politische Oben-Unten-Relation zwischen Elite und Volk. Wird das „Oben“ jeweils als Problem bewertet, kann diese vertikale Konfliktachse beide Einstellungsdimensionen verbinden. Regressionsanalysen auf Basis der ALLBUS 2018 zeigen, wie erwartet, dass die Ablehnung staatlicher Eingriffe in die Wirtschaft, aber auch die Befürwortung von Umverteilung und eine Skepsis im Bereich Außenwirtschaft mit populistischen Einstellungen verbunden sind. Wahrnehmungen ökonomischer Missstände beeinflussen die Stärke der Zusammenhänge kaum statistisch signifikant. Parteipräferenzen schwächen nur die Assoziationen bezüglich der Außenwirtschaft ab. Mit der Bewertung konflikthafter Oben-Unten-Relationen bietet der Artikel eine Erklärung für die ideologisch inkonsistenten Zusammenhänge an. Um deren Mobilisierung nicht rechtspopulistischen Parteien zu überlassen, sollten auch andere Parteien die vertikalen Konflikte adressieren, ohne dabei Grundpfeiler der westlichen Demokratie zu gefährden.

Schlüsselwörter Populistische Einstellungen · Sozialpolitische Einstellungen · Protektionismus · AfD · Deutschland

✉ Nicolas Binder

Fachbereich Politik- und Verwaltungswissenschaft, Universität Konstanz, Konstanz, Deutschland
E-Mail: nicolas.binder@uni-konstanz.de

Economic and Social Policy Attitudes and Populism: Vertical Axes of Conflict Instead of Ideological Consistency

Abstract Current research connects populist attitudes of citizens to economic worries, feelings of a lack of recognition, or political dissatisfaction. This article examines which concrete economic or social policy attitudes citizens associate with populism. It is argued that the evaluation of conflictual vertical social relations structures these associations: The relationship between state and economic actors, or between resource-rich and resource-low are understood to be economic top-down relations. Populism is defined by a political top-down division between “the elite” and “the people”. If the “top” is evaluated as a problem in either case, this vertical axis of conflict can connect both attitude dimensions. Regression analyses based on the 2018 German General Social Survey (ALLBUS 2018) show, as expected, that a rejection of state intervention in the economy, but also preferences for redistribution and skepticism about the foreign economy, are associated with populist attitudes. Perceptions of economic grievances have little statistically significant influence on the strength of the associations. Party preferences only weaken the associations regarding the foreign economy. With the evaluation of conflictual top-down relations, this article provides an explanation of the ideological inconsistency of the associations. So as not to leave their mobilization to right-wing populist parties, other parties should also address these vertical conflicts without endangering the fundamental pillars of Western democracy.

Keywords Populist attitudes · Social policy attitudes · Protectionism · Alternative for Germany · Germany

1 Einleitung

Die Wahlerfolge populistischer Parteien in den vergangenen Jahren entfachten gesellschaftliche und akademische Debatten über Populismus und die Gründe für dessen Erstarren (Guiso et al. 2020; Norris und Inglehart 2019). Dem ideenorientierten Ansatz folgend ist Populismus eine „dünne Ideologie“ mit den Kernelementen Volkzentriertheit und Anti-Eliten-Haltung (Mudde 2004). Die Gesellschaft sei demnach antagonistisch in Unten und Oben gespalten, wobei die Teilung maßgeblich moralisch verstanden wird (De Cleen und Stavrakakis 2017; Mudde 2004). Diese „dünne Ideologie“ manifestiert sich aufseiten von BürgerInnen in populistischen Einstellungen, die sich auf die beiden Kernelemente beziehen. Diese Einstellungen können über Umfrageitems operationalisiert und so etwa von fremdenfeindlichen Positionen getrennt werden (Akkerman et al. 2014). Bestehende Forschung bringt sie mit ökonomischen Sorgen (Rico und Anduiza 2019), Gefühlen fehlender Anerkennung (Steiner et al. 2023) oder politischer Unzufriedenheit (Huber et al. 2023) in Verbindung und erforscht deren Verknüpfung mit Vorstellungen zur Demokratie (Zaslave und Meijers 2023).

Dieser Artikel trägt zur Forschung bei, welche Vorstellungen zu konkreten Politikinhalt mit Populismus verknüpft sind, und untersucht die Zusammenhänge

populistischer Einstellungen mit wirtschafts- und sozialpolitischen Einstellungen. Bisher wurde deren Verbindung zur Unterstützung populistischer Parteien erforscht (Akkerman et al. 2017; Krause et al. 2017; Van Hauwaert und Van Kessel 2018) oder die wirtschafts- und sozialpolitischen Positionen rechtspopulistischer Parteien (Kitschelt und McGann 1997; Otjes et al. 2018; Röth et al. 2018) und deren WählerInnen (Busemeyer et al. 2022; Enggist und Pinggera 2022; Goerres et al. 2018) untersucht.

Der Artikel erweitert den Blickwinkel bestehender Forschung auf zweierlei Weise. Zum einen ist die Untersuchung durch den Fokus auf populistische Einstellungen der breiten Bevölkerung nicht auf eine politische Richtung oder Parteienfamilien festgelegt. Zum anderen werden wirtschafts- und sozialpolitische Einstellungen mehrdimensional aufgefasst. Es werden nicht nur redistributive, sondern auch regulative Aspekte in den Blick genommen. Zudem wird zwischen Binnenwirtschaft und Außenwirtschaft unterschieden (Hoelscher 2012; Lowi 1972).

Der Beitrag argumentiert, dass die Bewertung konflikthafter vertikaler gesellschaftlicher Relationen die Zusammenhänge zwischen wirtschafts- sowie sozialpolitischen Einstellungen und populistischen Einstellungen strukturiert. Denn beiden Einstellungsdimensionen gemeinsam ist die Bewertung von Oben-Unten-Relationen. Das Verhältnis von Staat zu WirtschaftsakteurInnen (Unternehmen, ArbeitnehmerInnen, KonsumentInnen) und das Verhältnis von ressourcenreich zu ressourcenarm werden als ökonomische Oben-Unten-Relationen begriffen. Populismus definiert sich über die politische Oben-Unten-Relation zwischen Elite und Volk. Die Bewertung des „Oben“ als Problem ist der Kern der Argumentation. Liegt dies für eine ökonomische und die politische Oben-Unten-Relation vor, teilen sich beide Einstellungsdimensionen einen vertikalen Konflikt, der sie miteinander verbindet. Daraus werden die Erwartungen abgeleitet, dass eine Ablehnung staatlicher Eingriffe in die Wirtschaft, eine Befürwortung von Umverteilung und eine Skepsis im Bereich Außenwirtschaft mit stärker ausgeprägten populistischen Einstellungen einhergehen.

Sorgen um die eigene ökonomische Lage, Gefühle relativer ökonomischer Benachteiligung (Runciman 1966) und die Bewertung der gesamtgesellschaftlichen sozialen Ungleichheit als ungerecht sollten ferner populistische Einstellungen begünstigen und die Stärke der Zusammenhänge zwischen beiden Einstellungsdimensionen beeinflussen. Denn die Wahrnehmung konkreter Missstände kann eine populistische Schuldzuschreibung an „die da oben“ begünstigen (u. a. Guiso et al. 2020; Lux 2018). Parteipolitische Neigungen sollten hingegen keine Rolle spielen, da Populismus nicht an eine politische Richtung gebunden ist (De Cleen und Stavrakakis 2017, S. 311–312).

Die empirische Untersuchung der Hypothesen basiert auf der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) 2018 aus Deutschland (Diekmann et al. 2019). Auf Basis von linearen Regressionsmodellen zeigt sich erstens, dass bei wirtschafts- und sozialpolitischen Themen im Populismus zwei idealtypisch konträre Positionen zusammenfinden können: Eine wirtschaftsliberale Ablehnung von Staatsinterventionen einerseits und eine Präferenz für Umverteilung andererseits sind positiv mit populistischen Einstellungen verbunden. Zudem sind eine Skepsis gegenüber Freihandel und Arbeitsmigration positiv mit populistischen Einstellungen verknüpft. Zweitens beeinflusst die Wahrnehmung ökonomischer Miss-

stände die Zusammenhänge bezüglich Staatsinterventionen und Umverteilung kaum: Nur die Wahrnehmung sozialer Ungerechtigkeit verstärkt statistisch signifikant den Zusammenhang zwischen Umverteilungspräferenzen und Populismus. Ab moderat ausgeprägten Missstandswahrnehmungen verbinden Menschen zudem eine Skepsis gegenüber Arbeitsmigration statistisch signifikant mit Populismus. Hingegen schwächen stärkere Missstandswahrnehmungen den Zusammenhang von Freihandelskritik und Populismus bis zur statistischen Insignifikanz ab. Doch nur für Gefühle relativer Deprivation ist dieser negative Moderationseffekt selbst schwach statistisch signifikant. Drittens gelten die Zusammenhänge größtenteils über Parteigrenzen hinweg. Allerdings schwächen Parteipräferenzen die Assoziationen bezüglich der Außenwirtschaft deutlich ab. Viertens begünstigen Wahrnehmungen ökonomischer Missstände selbst populistische Einstellungen.

Zusammengefasst leistet der Artikel einen Beitrag zum Verständnis von populistischen Einstellungen und deren Zusammenhang mit konkreten Politikgehalten. Ähnlich der Forschung zu rechtspopulistischen Parteien zeigt sich, dass im Populismus ideologisch inkonsistente Vorstellungen zusammenfinden können. Um dies aufzudecken, hat sich der breite Forschungszugang über allgemein populistische Einstellungen und die mehrdimensionale Auffassung wirtschafts- und sozialpolitischer Einstellungen als fruchtbar erwiesen. Zudem bietet der Artikel mit der Bewertung konflikthafter Oben-Unten-Relationen eine theoretische Erklärung der inkonsistenten Zusammenhänge an. Die gesellschaftliche Relevanz dieser Untersuchung besteht darin, dass Parteien diese Zusammenhänge aufgreifen, darüber WählerInnen mobilisieren oder in Regierungsverantwortung wirtschafts- und sozialpolitische Reformen entsprechend ausrichten könnten (vgl. Busemeyer et al. 2022, S. 78).

2 Populismus und Erklärungen für dessen Unterstützung

Populismus steht gemäß Muddes (2004) ideenorientierten Ansatzes der „dünnen Ideologie“ für zwei Kernelemente: eine Anti-Eliten-Haltung und die Zentralität „des Volkes“ im politischen Prozess. Das Volk wird als „einfache Leute“ gedacht (vgl. Mudde 2004, S. 560), gilt als wahrhaftig und homogen, stehe einer „korrupten Elite“ antagonistisch gegenüber und die Erfüllung des „allgemeinen Willens des Volkes“ habe politische Maxime zu sein (Mudde 2004, S. 543). Populismus impliziert also eine *vertikale* Teilung der Gesellschaft in Oben und Unten, die maßgeblich moralisch verstanden wird (De Cleen und Stavrakakis 2017; Mudde 2004). Der Ansatz der „dünnen Ideologie“ ist in der Literatur als Minimaldefinition anerkannt. So definiert ist Populismus weder politisch links noch rechts (vgl. Krause et al. 2017, S. 108–109). Insbesondere können nicht nur politische AkteurInnen die „dünne Ideologie“ teilen, sondern auch BürgerInnen (Huber et al. 2023).¹

Es dominieren zwei Erklärungsansätze für das aktuelle Erstarken des Populismus. Norris und Inglehart (2019) begreifen mit ihrer „Cultural backlash“-These das Erstarken als Gegenbewegung zur zunehmenden Verbreitung progressiver Wer-

¹ Auch Ansätze, die Populismus als Diskurs (De Cleen und Stavrakakis 2017) oder Politikstil (Moffitt 2018) definieren, beinhalten diese Kernelemente, stellen jedoch zuvorderst auf politische AkteurInnen ab.

tevorstellungen wie Multikulturalismus oder Kosmopolitismus. Diese Veränderung werde insbesondere von älteren und niedrig gebildeten Menschen als Missstand wahrgenommen, abgelehnt und die Betonung einer nationalen, traditionellen Identität entgegengesetzt (vgl. Rippl und Seipel 2018, S. 204). Die „Cultural backlash“-These rekurriert auf soziokulturelle Einstellungen und kann primär die Unterstützung von Rechtspopulismus erklären, bei dem die Betonung der nationalen Identität zu Fremdenfeindlichkeit übersteigert wird (Mudde und Rovira Kaltwasser 2018).

Gemäß der „Economic anxiety“-These ist die Wahrnehmung ökonomischer Missstände die treibende Kraft. Denn diese kann zu einem Vertrauensverlust in politische Institutionen und eine Schuldzuweisung an etablierte Parteien führen. Populistische Parteien, die diese Schuldzuweisung bedienen, würden profitieren (Algan et al. 2017; Guiso et al. 2020, 2021; Stoetzer et al. 2023). Auf individueller Ebene kann die Wahrnehmung ökonomischer Missstände als faktische Betroffenheit oder prospektive Verlustangst sowie in Bezug auf die eigene Situation oder die des Landes oder der Region begriffen werden (Colantone und Stanig 2018; Gidron und Mijs 2019; Guiso et al. 2020; Burgoon et al. 2019). Auch Gefühle von Ungerechtigkeit sind erklärungs mächtig (u. a. Lux 2018). Ferner wird die Unterstützung radikaler oder populistischer Parteien auf makroökonomische Missstände zurückgeführt, etwa eine hohe Arbeitslosenquote (Arzheimer 2009a), speziell auf die negativen Folgen der Finanzkrise ab 2008 (u. a. Gidron und Mijs 2019), der ökonomischen Globalisierung (u. a. Colantone und Stanig 2018) oder des technologischen Wandels (u. a. Anelli et al. 2021), oder auf steigende Einkommensungleichheit (u. a. Stoetzer et al. 2023).²

2.1 Populistische Einstellungen

Der Artikel zielt darauf ab, die Unterstützung von *genuinem* Populismus zu untersuchen und diesen etwa von Fremdenfeindlichkeit zu trennen. Der Fokus liegt daher auf populistischen Einstellungen, die den Kern der „dünnen Ideologie“ des Populismus aufgreifen, statt auf der Nähe zu einer populistischen Partei. Denn diese Nähe könnte auch von der Ideologie bestimmt werden, welche die Partei mit Populismus verknüpft. Parteien mit reinem Populismus als „Markenkern“ sind rar (Zulianello 2020). Ferner können Menschen populistische Einstellungen auch teilen, ohne für eine populistische Partei zu stimmen (Huber et al. 2023). Es gibt verschiedene Skalen der Messung individueller populistischer Einstellungen (Überblick: Castanho Silva et al. 2019; Diskussion: Wuttke et al. 2020), wobei die Skala von Akkerman et al. (2014) sehr verbreitet ist (Akkerman et al. 2017; Geurkink et al. 2020; Huber et al. 2023; Van Hauwaert und Van Kessel 2018; Westle 2020).

Populistische Einstellungen werden mit Sorgen um die ökonomische Lage des Landes (Rico und Anduiza 2019), Sorgen um die gesamtgesellschaftliche Entwicklung (Elchardus und Spruyt 2016), Gefühlen fehlender politischer Responsivität (Rovira Kaltwasser et al. 2019; Spruyt et al. 2016), fehlender gesellschaftlicher Anerkennung (Steiner et al. 2023), dem Gefühl gesellschaftlich unfair behandelt zu werden (Elchardus und Spruyt 2016) sowie themenbezogener politischer Unzu-

² Auch fehlende politische Responsivität (Schäfer und Zürn 2021) oder Gefühle des „Abgehängt-Seins“ (Sachweh 2020) werden erforscht. Für einen breiten Überblick siehe Guriev und Papaioannou (2022).

friedenheit (Huber et al. 2023) in Verbindung gebracht. Auch eine EU-Skepsis ist mit populistischen Einstellungen assoziiert (Rovira Kaltwasser et al. 2019). Zudem befürworten populistisch eingestellte Menschen zwar grundsätzlich die Demokratie als Regierungsform, sind aber mit dem aktuellen Funktionieren der Demokratie unzufrieden und sehen die repräsentative, intermediäre Rolle von Parteien kritisch (Heinisch und Wegscheider 2020; Zaslove und Meijers 2023). Sie präferieren vielmehr eine Betonung des Mehrheitswillens oder direkterer Formen der Demokratie (Steiner und Landwehr 2018; Zaslove et al. 2021; Zaslove und Meijers 2023). Populistische Einstellungen sind ferner ein valider Prädiktor für die Unterstützung populistischer Parteien (Akkerman et al. 2017; Geurkink et al. 2020; Hawkins et al. 2020; Van Hauwaert und Van Kessel 2018).

Bezogen auf Deutschland zeigt Westle (2020) mit den ALLBUS 2018-Daten, dass politisches Wissen die Neigung zu populistischen Einstellungen senkt. Assoziiert sind ferner die Unzufriedenheit mit politischer Responsivität sowie mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland. Steiner et al. (2023) belegen mit GLES 2021-Daten einen Einfluss niedrigen Einkommens und soziokulturell konservativer Einstellungen, insbesondere vermittelt über das Gefühl des „Abgehängt-Seins“. Mit den gleichen Daten arbeiten Huber et al. (2023) heraus, dass politische Unzufriedenheit bei den Themen Migration, Wirtschaft und Klimaschutz mit populistischeren Einstellungen assoziiert ist, sofern diese Themen als bedeutsam eingeschätzt werden.

Zusammengefasst werden populistische Einstellungen bisher mit Sorgen, negativen Gefühlen und politischer Unzufriedenheit in Verbindung gebracht oder sich mit den Konsequenzen populistischer Einstellungen hinsichtlich des Wahlverhaltens beschäftigt. Dieser Beitrag legt den Fokus darauf, welche Vorstellungen zu konkreten Politikinhaltenden BürgerInnen mit Populismus verknüpfen. Während sich ein Forschungsstrang diesbezüglich mit den Vorstellungen zur Demokratie auseinandersetzt, untersucht dieser Beitrag die Zusammenhänge wirtschafts- und sozialpolitischer Einstellungen mit populistischen Einstellungen.

Die Relevanz dieser Untersuchung ergibt sich daraus, dass politische AkteurInnen populistische Einstellungen gezielt adressieren, entsprechend mit wirtschafts- und sozialpolitischen Positionen kombinieren und so WählerInnen mobilisieren können. Sind Parteien in Regierungsverantwortung responsiv gegenüber populistisch eingestellten WählerInnen, können die Zusammenhänge mittelbar wirtschafts- und sozialpolitische Reformen prägen (Busemeyer et al. 2022, S. 78).

2.2 Wirtschafts- und sozialpolitische Einstellungen

Wirtschafts- und sozialpolitische Einstellungen beziehen sich auf die institutionelle Ausgestaltung des Wirtschaftssystems (Hoelscher 2012, S. 185). Hinsichtlich dieser Einstellungen wird einerseits nach Lowi (1972, S. 300) zwischen regulativen und redistributiven Aspekten (vgl. Röth et al. 2018, S. 332) und andererseits zwischen binnen- und außenwirtschaftlicher Orientierung (Rodrik 2018a) unterschieden (Tab. 1).³

³ Zudem erfolgt eine Anlehnung an Hoelschers (2012, S. 191) Konzept der „Wirtschaftskultur“ mit den „Einstellungen zur Wirtschaftsordnung“ mit den Subdimensionen „Wettbewerb, Marktoffenheit und Rolle

Tab. 1 Konzeptualisierung wirtschafts- und sozialpolitischer Einstellungen; Quelle: Eigene Darstellung

Wirtschaftspolitik nach Steuerungsart (Zeile) und geografischem Bezug (Spalte)		
	<i>Innen</i>	<i>Außen</i>
<i>Regulativ</i>	Eingriffe in die Binnenwirtschaft Beispiel: Verbote oder Gebote wirtschaftlichen Handelns	Regelungen von ökonomischer Globalisierung Beispiel Freihandel: Zolltarife Beispiel Migration: Voraussetzungen für Arbeitserlaubnis
<i>Redistributiv</i>	Nationale Umverteilung nationaler Ressourcen Beispiel: nationalstaatlich finanzierte Transferzahlungen zur sozialen Absicherung national anspruchsberechtigter Menschen	Internationale Umverteilung nationaler Ressourcen Beispiel: nationalstaatlich finanzierte Transferzahlungen zwischen Ländern

Bezüglich der Binnenwirtschaft umfasst der regulative und damit primär wirtschaftspolitische Aspekt Vorstellungen über das Ausmaß politischer bzw. staatlicher Eingriffe in die nationale Wirtschaft.⁴ Redistributive und damit primär sozialpolitische Fragen beziehen sich auf Umverteilung und soziale Absicherung im Nationalstaat. Hier kann zwischen kompensierenden und investierenden Sozialleistungen unterschieden werden (vgl. Busemeyer et al. 2022, S. 81; Hemerijck 2018). Der regulative Aspekt der Außenwirtschaft betrifft den Grad der Freiheit des Güter- und Kapitalverkehrs sowie die Arbeitsmigration (Manow 2018; Rodrik 2018a). Redistributive Fragen der Außenwirtschaft betreffen etwa internationale Finanztransfermechanismen (Bechtel et al. 2014). Idealtypisch stehen einem wirtschaftsliberalen Plädoyer für freie Märkte eine ideologisch „linke“ Befürwortung regulativer Staatsinterventionen und von Umverteilung (Arzheimer 2009b, S. 98) sowie protektionistische Ansichten bezüglich der Außenwirtschaft gegenüber.

Aus der Forschung der politischen Ökonomie ist wohlbekannt, dass individuelle ökonomische Umstände wirtschafts- und sozialpolitische Einstellungen basierend auf Erwartungsnutzen-Kalkülen prägen können. Niedrige ökonomische Statuslagen, Verschlechterungen derselben sowie sozioökonomische Risiken werden mit der Befürwortung nationalstaatlicher Umverteilung in Verbindung gebracht (Häusermann et al. 2015; Lindh und McCall 2020; Margalit 2013, 2019b). Auch der Einfluss von Vorstellungen über die normative Anspruchsberechtigung der EmpfängerInnen sozialpolitischer Maßnahmen wird diskutiert (van Oorschot 2006), insbesondere bezüglich MigrantInnen (Burgoon und Rooduijn 2021). Auf der Makro-Ebene wird einer ungleichen Einkommensverteilung (Jæger 2013; Meltzer und Richard 1981) und einer negativen Wirtschaftslage zugeschrieben, Umverteilungspräferenzen positiv zu beeinflussen (Dallinger 2010; vgl. Jæger 2013, S. 152–153). Ferner wird in entwickelten Ländern ökonomische Unsicherheit und ein niedriger Bildungsgrad mit protektionistischen Einstellungen assoziiert, wobei Arbeitsmarktrisiken (Di Tella

des Staates“. Lowis (1972) weitere Unterscheidung in distributive und konstitutive Politikinstrumente ist schwierig zu treffen ob der Verteilungsimplicationen distributiver Instrumente. Zudem spielen bei konstitutiven Instrumenten Fragen nach der Ausgestaltung des *politischen* Systems (etwa EU-Integration) eine Rolle (Schäfer und Zürn 2021). Daher und wegen forschungspraktischer Einschränkungen hinsichtlich der Messung werden konstitutive und distributive Aspekte nicht behandelt. Entsprechend wird auch das Thema EU nicht explizit erfasst.

⁴ Politisches und staatliches Eingreifen werden synonym begriffen, da letzteres politisch entschieden wird.

und Rodrik 2020; Mayda und Rodrik 2005) oder soziokulturelle Sorgen (Mansfield und Mutz 2009; vgl. Margalit 2019a, S. 163–167) eine Rolle spielen können. Ökonomische Sorgen und Ängste können also sowohl einen Einfluss auf wirtschafts- und sozialpolitische Einstellungen als auch gemäß der „Economic anxiety“-These auf die Unterstützung populistischer Parteien haben, da diese eine Schuldzuweisung an etablierte Parteien bedienen (u. a. Guiso et al. 2020).

Allerdings ist der Zusammenhang zwischen wirtschafts- und sozialpolitischen Einstellungen und Populismus *im Allgemeinen* aufseiten der BürgerInnen bisher wenig systematisch untersucht. Vielmehr werden wirtschafts- und sozialpolitische Positionen rechtspopulistischer Parteien erforscht (u. a. Colantone und Stanig 2019; Ennser-Jedenastik 2016; Kitschelt und McGann 1997; Otjes et al. 2018; Röth et al. 2018; Rovny und Polk 2020). Einzig Tsatsanis et al. (2018) zeigen mit Umfragedaten aus Griechenland von 2015, dass populistische Einstellungen mit der Ablehnung wirtschaftsliberaler Positionen einhergehen. Studien mit der Unterstützung populistischer Parteien als abhängige Variable zeigen, dass nur eine Globalisierungskritik Links- und Rechtspopulismus eint (Akkerman et al. 2017; Krause et al. 2017; Mader et al. 2019; Van Hauwaert und Van Kessel 2018; Rovira Kaltwasser et al. 2019). Umverteilungspräferenzen erklären valide die Unterstützung linkspopulistischer Parteien, dies gilt aber nicht bezüglich der Regulierung der Wirtschaft (Akkerman et al. 2017; Kriesi und Schulte-Cloos 2020; Krause et al. 2017). Studien zur WählerInnenchaft europäischer rechtspopulistischer Parteien belegen, dass diese einen „*particularistic-authoritarian type of welfare state*“ (Busemeyer et al. 2022, S. 85) befürworten, der Arbeitsanreize und partikulare Transferleistungen umfasst, nicht aber Sozialinvestitionen (Busemeyer et al. 2022; Enggist und Pinggera 2022). Entsprechend zeigen Goerres et al. (2018) mit Umfragedaten von 2015/16 bezüglich einer AfD-Unterstützung eine Befürwortung eines Wohlfahrtsstaates, der untere soziale Schichten und MigrantInnen ausschließt. Diese Studien mit Parteienfokus haben jedoch die Limitation, dass die Parteiideologie stärker wiegen könnte als der Faktor Populismus. Zum anderen fokussieren sich die Studien zur WählerInnenchaft rechtspopulistischer Parteien auf wohlfahrtsstaatliche Präferenzen, lassen aber regulatorische Aspekte außen vor.

Hier setzt der Artikel an: Zusammengefasst nimmt er die Zusammenhänge von Vorstellungen zu Politikinhalten mit Populismus in den Blick, und dies aufseiten der breiten Bevölkerung statt einer speziellen Parteienfamilie sowie mit einem breiten Verständnis wirtschafts- und sozialpolitischer Themen statt eines Fokus auf den Wohlfahrtsstaat.

3 Theoretische Argumentation

Dieser Beitrag argumentiert, dass die Bewertung konflikthafter vertikaler gesellschaftlicher Relationen die Zusammenhänge zwischen wirtschafts- sowie sozialpolitischen Einstellungen und populistischen Einstellungen strukturiert. Denn bei beiden Einstellungsdimensionen geht es um die Bewertung von Oben-Unten-Relationen. Eine ökonomische Oben-Unten-Relation im regulativen Bereich ist das Verhältnis von Staat zu WirtschaftsakteurInnen (Unternehmen, ArbeitnehmerInnen,

KonsumentInnen). Denn der Staat kann dem Verhalten von WirtschaftsakteurInnen rechtsstaatlich sanktionierbar Grenzen setzen. Im redistributiven Bereich ist eine Oben-Unten-Relation durch das Verhältnis von ressourcenreich zu ressourcenarm gegeben (Mau et al. 2020, S. 323–324). Populismus definiert sich gerade über eine politische Oben-Unten-Relation zwischen Elite und Volk (De Cleen und Stavrakakis 2017; Mudde 2004). Durch die Bewertung einer Oben-Unten-Relation als problematisch wird aus dieser eine vertikale Konfliktachse.

Zentral für die Argumentation ist die Bewertung des „Oben“ als Problem. Liegt dies für eine ökonomische sowie für die politische vertikale Relation vor, so ist dies die Grundlage für die Zusammenhänge zwischen wirtschafts- sowie sozialpolitischen und populistischen Einstellungen. Denn in diesem Fall teilen sich beide Einstellungsdimensionen einen vertikalen Konflikt, bei dem die Rolle des „Oben“ als problematisch bewertet wird. Diese Zusammenhänge werden folgend für die Bereiche staatliche Eingriffe in die Wirtschaft, Sozialstaat sowie die Außenwirtschaft ausgeführt.

3.1 Hauptzusammenhänge

Anknüpfend an die Forschung zur Positionierung rechtspopulistischer Parteien und deren „economic populism“, der ausdrücklich nicht von Fremdenfeindlichkeit geprägt ist (Otjes et al. 2018; Ennser-Jedenastik 2016; Röth et al. 2018), kann eine Ablehnung von staatlichen Regulierungen mit der Vorstellung einer überregulierten, staatszentrierten, ineffizienten Wirtschaft korrespondieren. Hart arbeitende, Steuern zahlende, nach Wohlstand strebende „normale Leute“ würden unter ebendieser Überregulierung leiden. PolitikerInnen, BürokratInnen oder ManagerInnen würden dagegen „rent-seeking“ betreiben, also bestehende Strukturen auszunutzen und sich auf Kosten „normaler Leute“ bereichern (Otjes et al. 2018, S. 274–275; Röth et al. 2018, S. 329).

H1: Bei Menschen, die Staatsinterventionen in die Binnenwirtschaft stärker ablehnen, sind populistische Einstellungen stärker ausgeprägt.

Die Befürwortung von Umverteilung impliziert die Anerkennung der ökonomisch-vertikalen Konfliktachse zwischen ressourcenreich zu ressourcenarm und besonders der Bedürfnisse ressourcenarmer Menschen. Werden zu letzteren sozioökonomisch benachteiligte und hart arbeitende, „normale Leute“ gezählt, so können diese populistisch verstanden vertikal einer (zu) ressourcenreichen und privilegierten Elite entgegengestellt werden (vgl. Rooduijn und Akkerman 2017, S. 200; Mudde und Rovira Kaltwasser 2018, S. 1670; Ennser-Jedenastik 2016, S. 414).

H2: Bei Menschen, die Umverteilung stärker befürworten, sind populistische Einstellungen stärker ausgeprägt.

Die ökonomische Globalisierung bedeutet die Überwindung nationaler Grenzen bezüglich Güter, Kapital, Arbeit sowie Regulation (Rodrik 2018a, b). Der Bereich Außenwirtschaft betrifft daher die Relationen von ressourcenreich zu ressourcen-

arm sowie von Staat zu WirtschaftsakteurInnen. Zum einen können offene Grenzen als kulturelle *und* ökonomische Bedrohung wahrgenommen und daher abgelehnt werden (Colantone und Stanig 2019; Margalit 2019a). Gleiches gilt für die Bewertung transnationaler Umverteilung (vgl. Bechtel et al. 2014, S. 838–839). Die Befürwortung von nationaler Beschränkung und regulativem Protektionismus kann so als Mittel zum Zweck gesehen werden, um Folgen der ökonomischen Globalisierung bezüglich nationaler ökonomischer Ungleichheiten entgegenzuwirken (vgl. van der Waal und de Koster 2018, S. 562–563). Zum anderen kann die Globalisierung als „project of untrustworthy political elites“ (van der Waal und de Koster 2018, S. 564), das über die Köpfe und gegen den Willen „normaler Leute“ vorangetrieben werde, protektionistische und populistische Einstellungen zusammenführen: Die (wirtschaftspolitische) Souveränität des Nationalstaats werde eingeschränkt (vgl. Colantone und Stanig 2019, S. 141–142) und „die Elite“ sei nicht ausreichend responsiv gegenüber der nationalen Bevölkerung und deren Problemen (vgl. Mudde und Rovira Kaltwasser 2018, S. 1678–1680).

H3: Bei Menschen, die einer regulativen und redistributiven ökonomischen Globalisierung kritischer gegenüberstehen, sind populistische Einstellungen stärker ausgeprägt.

Zusammengenommen legen die Hypothesen nahe, dass bei populistisch eingestellten Menschen ideologisch inkonsistente Vorstellungen bezüglich wirtschafts- und sozialpolitischer Themen zusammenfinden könnten: Regulative Staatsinterventionen in die Binnenwirtschaft sollten kritisch gesehen, Umverteilung und Protektionismus hingegen befürwortet werden. Eine solche Inkonsistenz wäre plausibel, da Populismus nicht an eine bestimmte ideologische Richtung gebunden ist (De Cleen und Stavrakakis 2017, S. 311–312; Krause et al. 2017, S. 109): Unter „die da oben“ könnten daher regulierende PolitikerInnen *sowie* ressourcenreiche Privilegierte verstanden werden.

Die kausale Richtung der Zusammenhänge kann der Beitrag nicht abschließend klären. So könnten BürgerInnen auch eine populistische Grundüberzeugung teilen (Hawkins et al. 2020), die einen bestimmten Blick auf das Aufgabenfeld politischer AkteurInnen impliziert. Daher wird nachdrücklich betont, dass korrelative Zusammenhänge analysiert werden, nicht strikte Kausalbeziehungen (Tsatsanis et al. 2018, S. 437).

3.2 Der Einfluss ökonomischer Missstände

Die Wahrnehmung konkreter ökonomischer Missstände sollte die Problematisierung ökonomischer und politischer Oben-Unten-Relationen begünstigen. Denn wird ein solcher Missstand wahrgenommen, kann eine stärkere politische Schuldzuschreibung erfolgen. Diese kann in einer populistischen Deutung gipfeln: „Die korrupte Elite da oben“ sei verantwortlich für die Ausgestaltung des Wirtschafts- und Sozialstaatssystems. Damit habe sie die gegenwärtige Situation zulasten „einfacher Leute“ zugelassen oder gar herbeigeführt (vgl. Guiso et al. 2020; Lux 2018).

Zum einen sollte daher die Wahrnehmung ökonomischer Missstände direkt begünstigen, populistische Einstellungen zu teilen. Bezugnehmend auf bestehende Forschung werden wahrgenommene Missstände hinsichtlich der eigenen ökonomischen Situation (Kurer et al. 2019; Guiso et al. 2020), der eigenen Situation relativ zu anderen Gesellschaftsgruppen (Runciman 1966; Lux 2018) und bezüglich der gesamtgesellschaftlichen Ungleichheit betrachtet (Stoetzer et al. 2023). Die Wahrnehmung kann von objektiven Umständen geprägt sein, ist aber theoretisch in allen sozioökonomischen Statuslagen vorstellbar (Kurer et al. 2019, S. 874).

Zum anderen sollte die *Stärke* der Zusammenhänge zwischen wirtschafts- sowie sozialpolitischen und populistischen Einstellungen variieren, abhängig davon, wie stark ökonomische Missstände wahrgenommen werden. So argumentieren Huber et al. (2023), dass einem politischen Thema Bedeutung beigemessen werden muss, um sich diesbezüglich schlecht von politischen Eliten repräsentiert zu fühlen. Folgend wird angenommen, dass eine stärkere Artikulation von Missständen mit einer höheren Bedeutung eines Themas korrespondiert.

Bezüglich der Staatsinterventionen können wahrgenommene ökonomische Missstände eher eine „linke“ Interpretation nahelegen: Eine stärkere Wahrnehmung subjektiver und relativer Deprivation sowie eine kritische Wahrnehmung gesamtgesellschaftlicher sozialer Ungleichheit kann (unterstellte) materielle Privilegien einer politökonomischen Elite ins Zentrum der Kritik rücken: Deren Privilegien seien auf *zu geringe* Regulierung zurückzuführen (vgl. Rooduijn und Akkerman 2017, S. 200).

H4: Der Zusammenhang zwischen der Ablehnung von Staatsinterventionen in die Binnenwirtschaft und populistischen Einstellungen ist weniger positiv, je niedriger die subjektive sozioökonomische Lage (a) oder je stärker Gefühle relativer Deprivation (b) oder je kritischer die sozioökonomische Ungleichheit gesehen wird (c).

Eine stärkere Wahrnehmung subjektiver sowie relativer Deprivation sollte den Aspekt Umverteilung stärker problematisieren. Denn es kann eine wahrgenommene Betroffenheit und damit ein Verlangen nach Umverteilung unterstellt werden. Eine stärkere Wahrnehmung jener Missstände sollte daher den Zusammenhang von Umverteilungspräferenzen und populistischen Einstellungen verstärken. Da ebenso eine kritische Wahrnehmung gesamtgesellschaftlicher sozialer Ungleichheit die Problematisierung beider vertikaler Konflikte begünstigen kann, sollte auch dies jenen Zusammenhang verstärken.

H5: Der Zusammenhang zwischen der Befürwortung von Umverteilung und populistischen Einstellungen ist stärker positiv, je niedriger die subjektive sozioökonomische Lage (a) oder je stärker Gefühle relativer Deprivation (b) oder je kritischer die sozioökonomische Ungleichheit gesehen wird (c).

Eine stärkere Wahrnehmung subjektiver und relativer Deprivation sowie eine kritische Wahrnehmung gesamtgesellschaftlicher sozialer Ungleichheit sollten ferner den Zusammenhang von protektionistischen und populistischen Einstellungen verstärken. Denn alle Aspekte können wegen ihres Bezugs zu ökonomischen Verteilungs-

effekten die Bedrohungswahrnehmung offener Grenzen und damit das Verlangen nach außenwirtschaftlicher Protektion begünstigen (Guiso et al. 2020).

H6: Der Zusammenhang zwischen der kritischen Haltung zur regulativen sowie redistributiven Globalisierung und populistischen Einstellungen ist stärker positiv, je niedriger die subjektive sozioökonomische Lage (a) oder je stärker Gefühle relativer Deprivation (b) oder je kritischer die sozioökonomische Ungleichheit gesehen wird (c).

3.3 Der Einfluss parteipolitischer Neigungen

Da die Bewertung der politischen Oben-Unten-Relation zwischen Volk und Elite als problematisch nicht an eine politische Richtung gebunden ist, können die Zusammenhänge zwischen beiden Einstellungsdimensionen unabhängig parteipolitischer Neigungen gelten. Allerdings ist denkbar, dass Parteien durch die öffentliche Vertretung ihrer Positionen die Einstellungen der BürgerInnen prägen (vgl. Jost et al. 2009, S. 314–317; Zaller 1992). WählerInnen könnten also ihre wirtschafts- und sozialpolitischen sowie populistischen Einstellungen an die bevorzugte Partei anpassen. Während linkspopulistische Parteien für Redistribution und Regulation stehen (vgl. Burgoon et al. 2019, S. 53; Krause et al. 2017, S. 116), sind rechtspopulistische Parteien flexibler: Einerseits treten sie für Deregulierung ein (Röth et al. 2018). Andererseits wird Umverteilung nicht grundsätzlich abgelehnt, jedoch MigrantInnen oder angeblich „faulen“ Arbeitslosen die Anspruchsberechtigung abgesprochen (Otjes et al. 2018; Ennser-Jedenastik 2016). Die nationalistische Orientierung prägt ferner deren kritische Haltung zur Außenwirtschaft (Colantone und Stanig 2019). Gleichwohl wird gemäß der theoretischen Argumentation und der ideologischen Offenheit des Populismus erwartet, dass die Hauptzusammenhänge nicht auf bestimmte WählerInnen-Gruppen beschränkt sind.

4 Daten und Methode

Datengrundlage ist die Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) 2018, Version 2.0.0 (Diekmann et al. 2019). Die Bruttostichprobe der erwachsenen Wohnbevölkerung Deutschlands wird auf deutsche Staatsangehörige reduziert, die bei Bundestagswahlen wahlberechtigt sind, sodass 3271 von 3477 Beobachtungen übrig bleiben. Das Designgewicht *wghtpew* gleicht die Überrepräsentation der ostdeutschen Bevölkerung aus (Baumann et al. 2019, S. v).

Deutschland im Jahr 2018 wird aus drei Gründen als passendes Fallbeispiel gesehen. Erstens sind populistische Einstellungen in der Bevölkerung verbreitet und nicht auf die UnterstützerInnen einer Partei oder die politischen Ränder beschränkt (Huber et al. 2023). Die Zusammenhänge können daher aufseiten der gesamten Wahlbevölkerung analysiert werden. Zweitens sind mit der Linkspartei und der AfD jeweils ein typischer Vertreter europäischer links- bzw. rechtspopulistischer Parteien (Rooduijn et al. 2019; Zulianello 2020) im Untersuchungsjahr 2018 Teil des Parlaments (vgl. Zaslove und Meijers 2023). Als Oppositionsparteien können sie ihre

Positionen öffentlich vertreten. Drittens war Deutschland im Jahr 2018 nicht unmittelbar von schweren Krisen betroffen (Finanz-, Euro-, Flüchtlings-, oder Covid-Krise), welche die Zusammenhänge beeinflussen könnten. Diese Punkte sollten für eine Übertragbarkeit der Erkenntnisse auf westliche Demokratien unter vergleichbaren Umständen sprechen, und daher einen guten Startpunkt für weiterführende Analysen darstellen (vgl. Zaslove und Meijers 2023). Im Schlusskapitel wird der Aspekt der Generalisierbarkeit diskutiert, auch mit Blick auf institutionelle Faktoren (Manow 2018).

4.1 Abhängige Variablen

Der Beitrag erforscht primär Zusammenhänge zwischen wirtschafts- sowie sozialpolitischen und populistischen Einstellungen. Dazu wird die abhängige Variable der populistischen Einstellungen mit einem Index aus sieben Items erfasst.⁵ In der ALLBUS 2018 wurden erstmals Items zu populistischen Einstellungen abgefragt, jeweils auf einer Skala von 1–5. Ein niedriger Wert gab die Zustimmung zu populistischen Aussagen an. Diese Items sind an die Messinstrumente angelehnt, die Akkerman et al. (2014) erarbeiteten, und bilden die Elemente von Populismus nach Mudde (2004) ab (vgl. Westle 2020, S. 212). Diese Erfassung ist in der Literatur weit verbreitet und lässt sich empirisch von politischem Vertrauen oder politischer Selbstwirksamkeit abgrenzen (Geurkink et al. 2020). Alle Items werden invertiert, zu einem gleichgewichteten Index zusammengefasst und auf den ursprünglichen Wertebereich skaliert (Cronbachs $\alpha = 0,8$).⁶ Dieser „Populismus-Index“ zeigt damit aufsteigend den individuellen Grad populistischer Einstellungen an.

Als erste Erkenntnis zeigt sich, dass der Grad populistischer Einstellungen nach Wahlabsicht gemäß der prospektiven „Sonntagsfrage“ variiert (Abb. 1). Grünen-WählerInnen sind am wenigsten, AfD-WählerInnen am stärksten populistisch eingestellt (2,96 zu 3,97).⁷ Dies zeigen auch Huber et al. (2023) mit GLES-Daten von 2021. NichtwählerInnen haben den zweithöchsten Mittelwert (3,81). Linkspartei-WählerInnen sind nahe am Gesamtmittelwert (3,3 zu 3,28), obgleich die Linkspar-

⁵ Viele ALLBUS-Items werden auf ordinalskalierten Likert-Skalen erfasst. Einzelne Items als intervallskaliert zu behandeln, kann Risiken bergen (Liddell und Kruschke 2018). Um diesen entgegenzuwirken, werden, falls möglich und sinnvoll, Indices gebildet (Carifico und Perla 2007). Verbleibende ordinalskalierte Einzelitems werden dennoch forschungspraktisch intervallskaliert interpretiert (Westle 2020, S. 217). Eine Variablenübersicht ist im Online-Anhang.

⁶ Eine konfirmatorische Faktorenanalyse zeigt eine annehmbare Validität des Index ($\chi^2 = 202,78$, $p < 0,05$, RMSEA = 0,066, CFI = 0,966, SRMR = 0,031). Westle (2020) bestätigt die interne Konsistenz und führt Faktoranalysen durch, die zwei stark korrelierte bzw. einen Faktor(en) zeigen. Auch bei einem fehlenden Wert eines Items wird der Index berechnet. Im Unterschied zu Westle wird auf den Ausschluss eines Items sowie Bildung zweier Subkategorien und deren Verrechnung verzichtet und direkt der Gesamtindex gebildet (siehe Online-Anhang). Der Summenmittelwert reflektiert somit nicht notwendigerweise stets beide Subdimensionen von Populismus (Volkszentriertheit und Anti-Eliten-Haltung). Jedoch wird die Item-Formulierung nach Akkerman et al. (2014) der theoretischen Notwendigkeit beider Dimensionen bereits teilweise gerecht (Wuttke et al. 2020), sodass nicht von Verzerrungen auszugehen ist.

⁷ Im Folgenden wird von WählerInnen gesprochen, gemeint sind stets *selbsterklärte, potenzielle* WählerInnen.

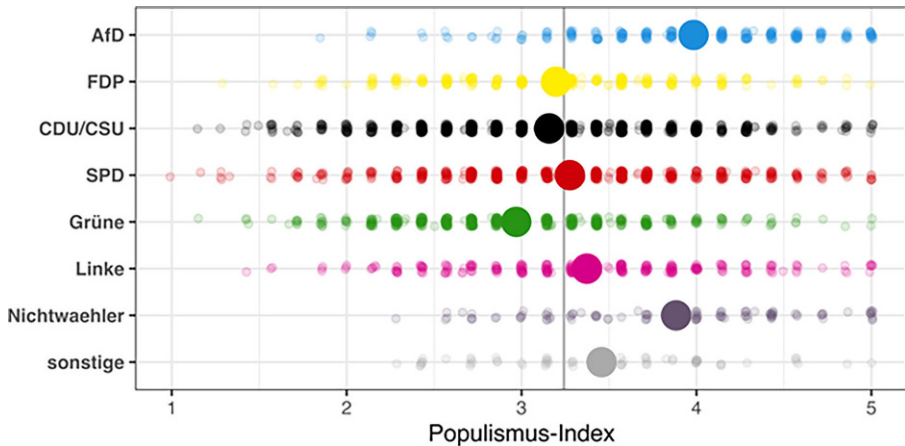


Abb. 1 Populistische Einstellungen differenziert nach Wahlabsicht. Die großen Punkte geben den jeweiligen Gruppenmittelwert an; die vertikale Linie gibt den Gesamtmittelwert an

tei als populistisch klassifiziert ist. Ebenso analog zu Huber et al. (2023) variieren die populistischen Einstellungen innerhalb aller WählerInnen-Gruppen.

4.2 Unabhängige Variablen

Die wirtschafts- sowie sozialpolitischen Einstellungen werden mit vier Items erfasst, jeweils auf einer Skala von 1–5. Die Items umfassen die theoretisch erläuterten Bereiche regulative Eingriffe in die Binnenwirtschaft, Umverteilung sowie Außenwirtschaft. Eine Differenzierung des redistributiven Bereichs in kompensierende und investierende Sozialleistungen kann ob der verfügbaren Items nicht erfolgen. Bezüglich internationaler Umverteilung ist ebenso kein Item vorhanden, sodass der außenwirtschaftlich redistributive Bereich nicht abgedeckt ist. Die Befürwortung von Eingriffen in die Binnenwirtschaft und von Umverteilung wird mit einer „linken“ Position assoziiert. Die Ablehnung dessen sowie die Ablehnung von Protektionismus gelten dagegen als wirtschaftsliberal. Alle Items wurden so kodiert, dass ein höherer Wert eine „linkere“ oder protektionistischere Einstellung angibt (Tab. 2). Zwischen den Items bestehen nur niedrige und teilweise negative Korrelationen (Cronbachs $\alpha < 0,5$; Online-Anhang). Eine Zusammenfassung zu einem Index ist nicht angezeigt.

4.3 Kontextvariablen

Die Wahrnehmung konkreter ökonomischer Missstände sollte populistische Einstellungen direkt begünstigen sowie einen moderierenden Einfluss auf die Stärke der Hauptzusammenhänge zwischen wirtschafts- sowie sozialpolitischen und populistischen Einstellungen haben. Wahrgenommene Missstände bezüglich der gegenwärtigen eigenen ökonomischen Situation werden mit einem Item erfasst, das abfragt, wie die „eigene wirtschaftliche Lage heute“ eingeschätzt wird (Baumann et al. 2019,

Tab. 2 Operationalisierung wirtschafts- und sozialpolitischer Einstellungen. (Quelle: Baumann et al. 2019)

Wirtschaftspolitik nach Steuerungsart (Zeile) und geografischer Bezug (Spalte)		
	<i>Innen</i>	<i>Außen</i>
<i>Regulativ</i>	Eingriffe in die Binnenwirtschaft Item „Pro Staatsintervention“: <i>Die Politik sollte sich aus der Wirtschaft heraushalten.</i> (*)	Regelungen von ökonomischer Globalisierung Item „Contra Freihandel“: <i>Die weitere Öffnung der Weltmärkte dient dem Wohl aller.</i> (*) Item „Contra Arbeitsmigration“: <i>Einwanderer sind gut für die deutsche Wirtschaft.</i> (*)
<i>Redistributiv</i>	Nationale Umverteilung nationaler Ressourcen Item „Pro Umverteilung“: <i>Einkommen und Wohlstand sollten zu Gunsten der einfachen Leute umverteilt werden</i>	Internationale Umverteilung nationaler Ressourcen Kein Item vorhanden

(*) Höhere Werte geben die Ablehnung der Aussage an

S. 8). Ein Item zur Bewertung der Gerechtigkeit des eigenen Anteils im Vergleich dazu „wie andere hier in Deutschland leben“ (Baumann et al. 2019, S. 133) misst die Wahrnehmung von Missständen der eigenen Situation relativ zu anderen Gesellschaftsgruppen. Schließlich fragt ein Item nach der Bewertung der Gerechtigkeit der aktuellen „sozialen Unterschiede“ in Deutschland (Baumann et al. 2019, S. 101) und damit nach wahrgenommenen Missständen bezüglich der gesamtgesellschaftlichen sozioökonomischen Ungleichheit. Alle Items wurden so kodiert, dass ein höherer Wert eine stärkere Wahrnehmung eines Missstandes anzeigt. Der Einfluss parteipolitischer Neigungen wird über die Wahlabsicht („Sonntagsfrage“) erfasst (Huber et al. 2023).

4.4 Kontrollvariablen

Ferner wird für soziokulturelle Einstellungen kontrolliert. Zum einen bringt die „Cultural backlash“-These (Norris und Inglehart 2019) diese mit Populismus in Verbindung. Zum anderen können sie wirtschafts- und sozialpolitische Einstellungen beeinflussen. So könnten Vorstellungen bezüglich der Anspruchsberechtigung die Befürwortung von Umverteilung bremsen (Burgoon und Rooduijn 2021; van Oorschot 2006). Zudem überlappen sich speziell im Bereich Außenwirtschaft ökonomische und soziokulturelle Konflikte (Margalit 2019a). Durch die Kontrolle für soziokulturelle Einstellungen wird der Einfluss insbesondere der Items zur Außenwirtschaft auf deren ökonomische Dimension reduziert, also deren soziokulturelle Dimension „wegkontrolliert“. Soziokulturelle Einstellungen werden daher mit sieben Items erfasst. Zwei Indizes wurden erstellt. Der eine basiert auf vier Items zum Thema Migration ($\alpha = 0,77$), der andere auf zwei Items zum Nationalgefühl ($r = 0,61$). Das siebte Item fragt nach dem Verbot gleichgeschlechtlicher Ehen. Die Messinstrumente wurden so kodiert, dass höhere Werte soziokulturell rechtere Überzeugungen anzeigen (siehe Online-Anhang).

Um objektive Faktoren der individuellen sozioökonomischen Lage zu beachten, wird für das Bildungslevel und das monatliche Nettoeinkommen kontrolliert. So wird Bildung auch bezüglich protektionistischer und soziokultureller Einstellungen

eine wichtige Rolle zugeschrieben (Hainmueller und Hiscox 2006; Mansfield und Mutz 2009). Das Bildungslevel wurde auf einer achtstufigen Skala der *International Standard Classification of Education* 2011 (Baumann et al. 2019, S. 212–214) erfasst und vereinfachend als metrische Variable interpretiert. Die kontinuierlichen Einkommenswerte werden log-transformiert, um der Schiefe der Verteilung und Ausreißern zu begegnen. Da dieses Item viele fehlende Werte (348) aufweist, wird eine Imputation auf Basis soziodemografischer Kontrollvariablen vorgenommen.⁸ Sonst wird davon aufgrund der geringen Zahl fehlender Werte abgesehen. Die Analysen fußen also auf unterschiedlichen Fallzahlen. Als Robustheitstest werden die Hauptzusammenhänge auf Basis multipler Imputation aller fehlender Werte geprüft. Zudem werden die politische Grundorientierung als Selbsteinstufung auf einer Links-Rechts-Skala, das Alter, das Geschlecht und die Wohnsitzregion als Kontrollvariablen beachtet (u. a. Huber et al. 2023). Robustheitstests umfassen ein weiteres Item zur Sozialstaatlichkeit, ein Index politischen Vertrauens oder die Berufskategorie als Kontrollvariablen.

4.5 Methode

Die Zusammenhänge werden zunächst deskriptiv und folgend mit linearen Regressionen (ordinary least squares, OLS) untersucht. Die Regressionsanalyse erfolgt zunächst mit populistischen Einstellungen als abhängige Variable (Tsatsanis et al. 2018), wie beschrieben, um die Zusammenhänge in einem Modell gebündelt zu prüfen. Die drei Items zur Wahrnehmung ökonomischer Missstände gehen als konfundierende Variablen in das Modell ein. Ein Robustheitstest im Hinblick auf die uneindeutige kausale Richtung setzt die wirtschafts- und sozialpolitischen Einstellungen als abhängige Variablen.

Um die moderierende Rolle der Wahrnehmung der ökonomischen Missstände zu prüfen, werden drei weitere lineare Regressionsmodelle geschätzt. Dabei werden jeweils Interaktionen zwischen einem der drei Items ökonomischer Missstände und den vier Messinstrumenten wirtschafts- und sozialpolitischer Einstellungen beachtet. Beispielsweise enthält ein Modell die Bewertung der eigenen ökonomischen Lage als Kontrollvariable sowie deren vier Interaktionsterme mit den Items zur Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die angenommene Unabhängigkeit der Hauptzusammenhänge von parteipolitischen Einflüssen wird über eine Interaktion der wirtschafts- und sozialpolitischen Einstellungen mit der Wahlabsicht untersucht (Huber et al. 2023). Stets werden robuste Standardfehler verwendet, um keine Verzerrung aufgrund von Heteroskedastizität zu riskieren.

⁸ Das robuste lineare Imputationsmodell lautet $\log(\text{Einkommen}) = \text{Geschlecht} + \text{Alter} + \text{Bildung} + \text{WestOst}$. Die Anzahl fehlender Werte wird auf 16 gesenkt, welche auf fehlende Werte bei den Prädiktoren des Imputationsmodells zurückzuführen sind (siehe Online-Anhang).

5 Ergebnisse

Folgend werden die Ergebnisse der empirischen Analysen präsentiert.⁹ Eine deskriptive Variablenübersicht befindet sich im Online-Anhang.

5.1 Deskriptive Ergebnisse

Die Korrelationen zwischen wirtschafts- und sozialpolitischen Einstellungen und dem Populismus-Index sind alle statistisch signifikant ($p < 0,05$). Es zeigt sich: Je eher Eingriffe in die Wirtschaft befürwortet werden, desto *geringer* ist die Neigung zu Populismus ($r = -0,28$). Andersherum formuliert: Je stärker ein Heraushalten der Politik aus der Wirtschaft befürwortet wird, desto höher ist die Neigung zu Populismus. Hingegen weisen Umverteilungspräferenzen und eine Skepsis gegenüber Arbeitsmigration positive Korrelationen von jeweils 0,31 mit dem Populismus-Index auf. Auch eine freihandelskritische Haltung ist positiv mit populistischen Überzeugungen verbunden, die Korrelation ist aber sehr gering ($r = 0,03$). Die unterschiedlichen Ausprägungen der Korrelationen zeigen auf, dass die gesonderte Betrachtung wirtschaftspolitischer Themenfelder nicht nur theoretisch, sondern auch empirisch einen Mehrwert bietet. Insgesamt sind diese deskriptiven Befunde in Übereinstimmung mit den Hypothesen H1–H3.

5.2 Multivariate Ergebnisse

Die deskriptiven Befunde erhärten sich in den Regressionsanalysen. Alle vier Aspekte wirtschafts- und sozialpolitischer Einstellungen hängen statistisch signifikant mit dem Grad populistischer Einstellungen zusammen (Abb. 2).¹⁰ Übereinstimmend mit den Hypothesen ist der regulative Aspekt der *Befürwortung* staatlicher Eingriffe negativ, redistributive und protektionistische Einstellungen hingegen sind positiv mit dem Populismus-Index verbunden (Modell 1). Die Befunde sind robust, wenn soziokulturelle Einstellungen (Modell 2) und die Wahrnehmung der ökonomischen Missstände simultan (Modell 3) oder einzeln separat (Modell 4–6, Online-Anhang) beachtet werden.

Hinsichtlich staatlicher Eingriffe in die Binnenwirtschaft korreliert also eine wirtschaftsliberale Vorstellung mit populistischen Einstellungen (H1). Eine starke Ablehnung von Staatsinterventionen kann also mit einem Misstrauen gegenüber einer politischen Elite einhergehen, welche die Eingriffe mit Auswirkungen auf „normale Leute“ „durchführen“ würde. Andererseits hängt die Befürwortung von Umverteilung positiv mit Populismus zusammen (H2). Dies ist plausibel angesichts der Schutzfunktion des Wohlfahrtsstaates mit einer redistributiv verstandenen, vertikalen Konfliktachse einerseits und der ökonomischen Unsicherheit als Triebfeder für Umverteilungspräferenzen sowie Populismus andererseits. Ein ähnliches Argument

⁹ Berechnungen wurden mit R (R Core Team 2022) und ergänzenden Paketen durchgeführt (Details siehe Online-Anhang).

¹⁰ Folgend sind Koeffizientenplots der erklärenden Variablen abgebildet, ohne soziodemografische Kontrollvariablen. Alle Tabellen sind im Online-Anhang zu finden.

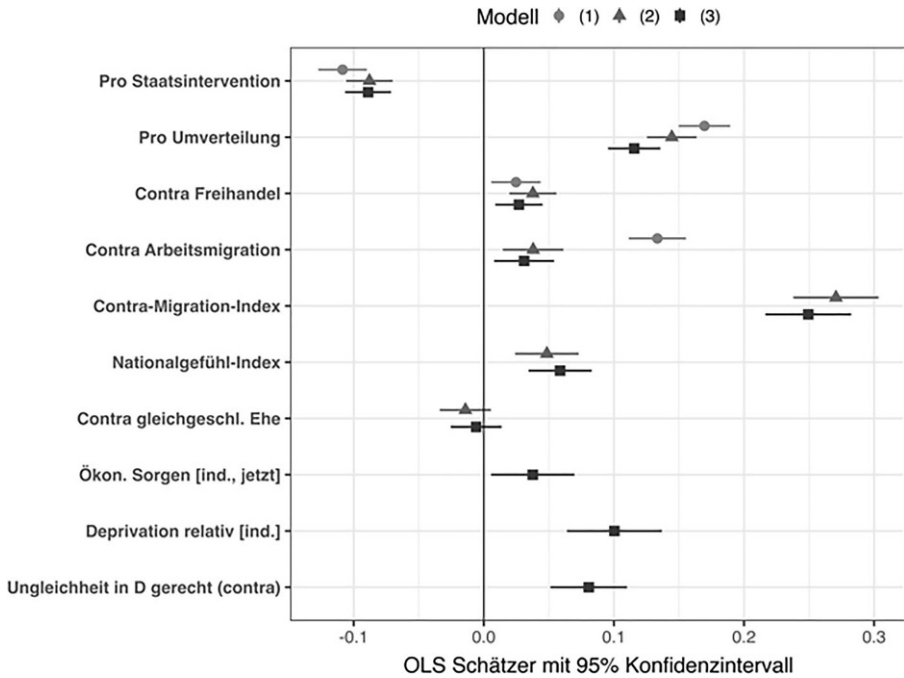


Abb. 2 Koeffizientenplot. Dargestellt sind die Koeffizienten dreier linearer Regressionsmodelle mit dem Index populistischer Einstellungen als abhängige Variable. Modell (1) enthält die wirtschafts- und sozialpolitischen Einstellungen als erklärende Variablen und die soziodemografischen Kontrollvariablen. Um für die „Cultural backlash“-These zu kontrollieren, werden in Modell (2) soziokulturelle Einstellungen hinzugefügt. Modell (3) ergänzt die Wahrnehmung dreier ökonomischer Missstände. Soziodemografische Kontrollvariablen sind nicht dargestellt

kann auch bezüglich Protektionismus und dessen wortwörtliche Schutzfunktion als valide gelten. Sowohl freihandelskritische Einstellungen als auch die Skepsis gegenüber Arbeitsmigration sind positiv mit populistischen Einstellungen assoziiert (H3). Auch mit Kontrolle für soziokulturelle Einstellungen bleibt der Koeffizient bezüglich des Freihandels nahezu unverändert. Hingegen reduziert sich der Koeffizient bezüglich der Arbeitsmigration deutlich (von 0,133 in Modell 1 auf 0,038 in Modell 2), bleibt aber statistisch signifikant. Die ökonomische Dimension der Außenwirtschaft (Freihandel und Arbeitsmigration) hängt also robust mit populistischen Einstellungen zusammen, wenn auch jeweils in geringem Maße.

Zudem gilt: Je stärker konkrete ökonomischer Missstände wahrgenommen werden, desto stärker sind populistische Einstellungen ausgeprägt (Modell 3–6). Dies ist der Fall für Sorgen um die eigene ökonomische Lage und besonders für Gefühle eigener ökonomischer Benachteiligung relativ zu anderen Gesellschaftsgruppen sowie für die Wahrnehmung gesamtgesellschaftlicher sozialer Ungerechtigkeit. Da gerade die letzten beiden Aspekte Bezüge zur Oben-Unten-Relation zwischen ressourcenreich und ressourcenarm aufweisen, spricht dies für die Relevanz dieser ökonomisch-vertikalen Konfliktachse für das Verständnis populistischer Einstellungen.

Die Kontrolle für die Wahrnehmung ökonomischer Missstände hat hingegen keine wesentlichen Auswirkungen auf die vier Koeffizienten wirtschafts- und sozialpolitischer Einstellungen. Selbst Umverteilungspräferenzen, die sich auf das Verhältnis zwischen ressourcenreich und ressourcenarm beziehen, bleiben statistisch signifikant positiv mit populistischen Einstellungen verbunden. Die Hauptzusammenhänge sind also von diesen Missstandswahrnehmungen nicht grundlegend beeinflusst. Dieser Aspekt wird nun vertieft.

Denn weiter wurde erwartet, dass Wahrnehmungen ökonomischer Missstände moderierende Einflüsse auf die Stärke der Hauptzusammenhänge haben. Zwar verstärken tatsächlich alle drei Missstandswahrnehmungen die Zusammenhänge zwischen den Einstellungen hinsichtlich Staatsinterventionen, Umverteilung und Arbeitsmigration einerseits und populistischen Einstellungen andererseits. Allerdings ist nur einer dieser Moderationseffekte statistisch signifikant ($p < 0.01$): Die Wahrnehmung, dass die sozialen Unterschiede in Deutschland ungerecht seien, verstärkt den Zusammenhang zwischen Umverteilungspräferenzen und populistischen Einstellungen (H5c). Je kritischer also die Ungleichheit in Deutschland wahrgenommen wird, desto stärker geht die Befürwortung von Umverteilung mit einer populistischen Schuldzuschreibung einher. Entgegen den Erwartungen schwächen alle drei Missstandswahrnehmungen die Assoziationen in Bezug auf die Freihandelskritik (H6a–c) ab. Dieser negative Moderationseffekt ist gleichwohl nur hinsichtlich der Gefühle relativer Deprivation schwach statistisch signifikant ($p < 0,1$).

Für eine vertiefende Analyse ist eine grafische Darstellung hilfreich (Brambor et al. 2006; Abb. 3). Die Zusammenhänge hinsichtlich Staatsintervention und Umverteilung sind nahezu über die gesamte Bandbreite der Wahrnehmung ökonomischer Missstände robust bezüglich Vorzeichen und statistischer Signifikanz. Lediglich für sehr ausgeprägte Sorgen um die eigene ökonomische Lage ist der Zusammenhang zwischen der Befürwortung von Staatsinterventionen und populistischen Einstellungen nicht statistisch signifikant negativ. Ferner ist der positive Zusammenhang zwischen der Skepsis gegenüber Arbeitsmigration und Populismus nur für sehr schwach ausgeprägte ökonomische Sorgen und Gefühle relativer Deprivation sowie für eine schwach ausgeprägte Wahrnehmung sozialer Ungerechtigkeit *nicht* statistisch signifikant. Der Zusammenhang zwischen Freihandelskritik und Populismus ist hingegen ab moderat ausgeprägten ökonomischen Sorgen und stark ausgeprägte Gefühle relativer Deprivation nicht statistisch signifikant positiv. Gleiches gilt für eine schwach oder sehr stark ausgeprägte Wahrnehmung sozialer Ungleichheit als ungerecht.

Zusammengenommen verändert die Wahrnehmung ökonomischer Missstände entgegen der Erwartung die Stärke der Zusammenhänge zwischen wirtschafts- und sozialpolitischen Einstellungen und populistischen Einstellungen kaum statistisch signifikant, auch wenn die Vorzeichen der Moderationseffekte in neun von zwölf Fällen den Hypothesen entsprechen. Doch nur bei der unmittelbaren Verbindung von Umverteilung und Ungleichheit zeigt sich statistisch signifikant die erwartete verstärkende Wirkung. Im Fall des Freihandels widersprechen die negativen Vorzeichen der Moderationseffekte und die Abschwächung der Zusammenhänge bis zur statistischen Insignifikanz sogar den Erwartungen.

Schließlich wurde erwartet, dass die Hauptzusammenhänge auch für jede WählerInnen-Gruppe einzeln Bestand haben oder nicht von der Wahlabsicht beeinflusst wer-

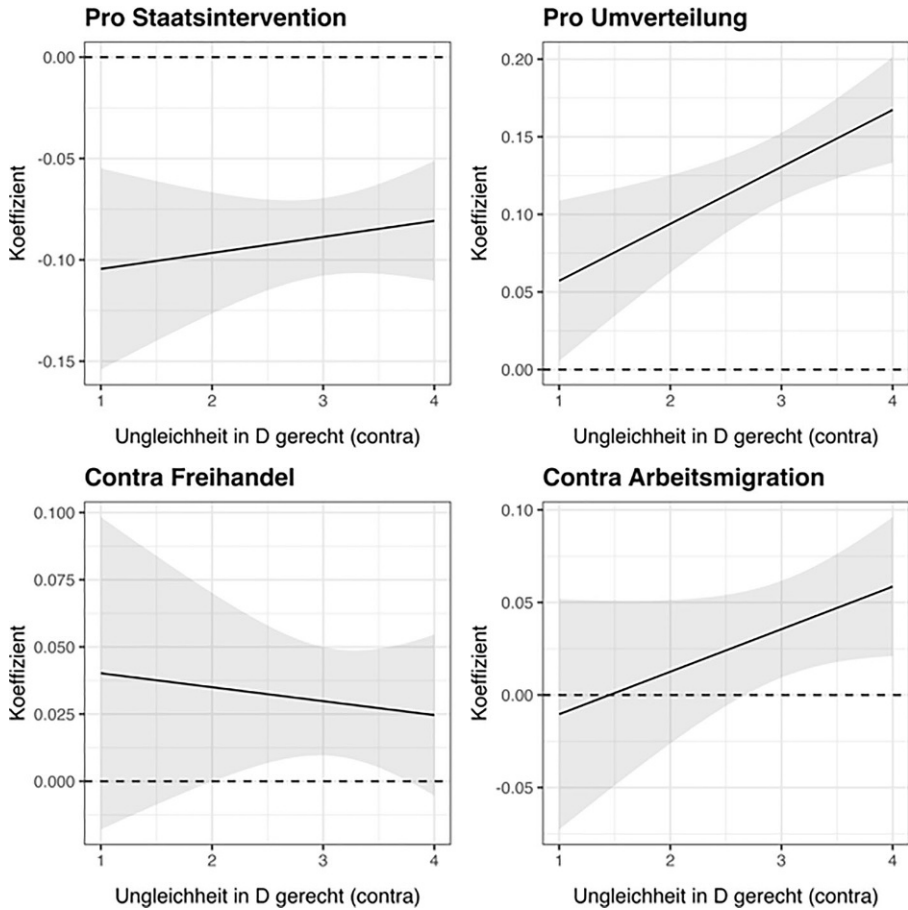


Abb. 3 Konditionale Effekte. Dargestellt sind die Koeffizienten wirtschafts- und sozialpolitischer Einstellungen (y-Achse) eines linearen Regressionsmodells mit populistischen Einstellungen als abhängige Variable, bedingt auf die Wahrnehmung ökonomischer Missstände (x-Achse), hier: Bewertung der sozialen Unterschiede in Deutschland als gerecht. Die anderen Prädiktoren des Modells sind jeweils auf ihren Mittelwert bzw. Modus gesetzt

den. Um dies zu prüfen, war es von Vorteil, die Zusammenhänge aufseiten der breiten Wahlbevölkerung zu untersuchen. Die vier Hauptzusammenhänge gelten grundsätzlich bis auf wenige Ausnahmen auch *innerhalb* jeder WählerInnen-Gruppe einer Partei (Abb. 4). Die Zusammenhänge hinsichtlich Staatsintervention und Umverteilung sind hier vollständig robust bezüglich Vorzeichen und statistischer Signifikanz. Die beiden Assoziationen bezüglich der Außenwirtschaft sind nun allerdings nur sehr eingeschränkt statistisch signifikant. Als grundlegende Abweichungen zeigt sich bei UnterstützerInnen der FDP und der Linkspartei statt eines positiven ein negativer Zusammenhang zwischen Freihandelskritik und Populismus, wobei die Assoziation jeweils nicht statistisch signifikant ist. Nur NichtwählerInnen und WählerInnen sonstiger Parteien verknüpfen im Unterschied zu allen bisherigen Befunden bei-

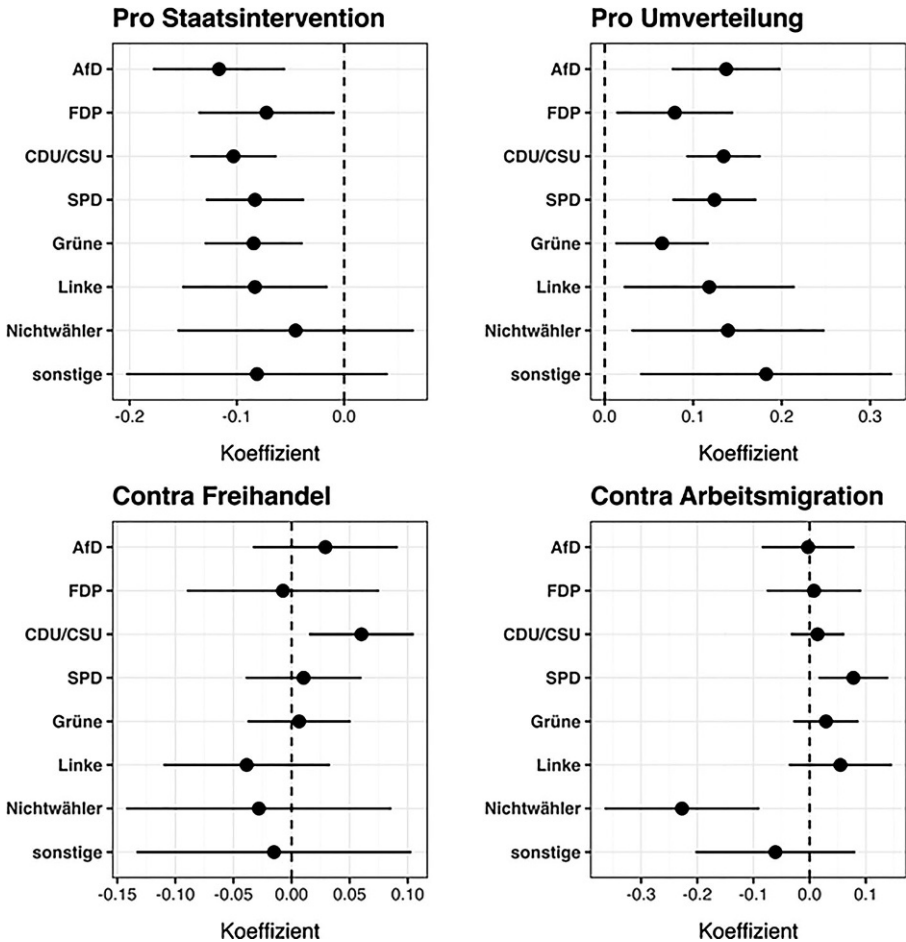


Abb. 4 Konditionale Effekte. Dargestellt sind die Koeffizienten wirtschafts- und sozialpolitischer Einstellungen (x-Achse) eines linearen Regressionsmodells mit populistischen Einstellungen als abhängige Variable, bedingt auf die Wahlabsicht (y-Achse). Die anderen Prädiktoren des Modells sind jeweils auf ihren Mittelwert bzw. Modus gesetzt

de Aspekte der Außenwirtschaft nicht mit Populismus. Bei NichtwählerInnen besteht gar ein statistisch signifikant negativer Zusammenhang zwischen der Skepsis hinsichtlich Arbeitsmigration und populistischen Einstellungen.¹¹ Auch wenn die Wahlabsicht lediglich als Kontrollvariable begriffen wird, sind alle Assoziationen im Vorzeichen robust, doch nur jene bezüglich Staatsinterventionen und Umverteilung bleiben statistisch signifikant. Zusammengenommen sind die Zusammenhänge bezüglich der Binnenwirtschaft weitgehend nicht von parteipolitischen Neigungen beeinflusst, die Assoziationen bezüglich der Außenwirtschaft hingegen schon.

¹¹ Diese Zusammenhänge gelten auch, wenn die einzelnen WählerInnen-Gruppen getrennt analysiert werden sowie für die Gruppe nicht zugeordneter WählerInnen (Weiß nicht/keine Angabe/verweigert).

5.3 Robustheitsanalysen

Mehrere Robustheitsanalysen wurden durchgeführt (siehe Online-Anhang). Die Befunde bezüglich der Zusammenhänge wirtschafts- sowie sozialpolitischer und populistischer Einstellungen bleiben weitgehend robust, wenn zusätzlich für die Befürwortung von „sozialer Sicherheit als oberstes Regierungsziel“ oder für einen gleichgewichteten Index politischen Vertrauens (in den Bundestag, die Bundesregierung und politische Parteien) oder für die Berufskategorie kontrolliert wird. Nur die beiden Aspekte der Außenwirtschaft (Freihandel und Arbeitsmigration) sind nicht mehr statistisch signifikant mit populistischen Einstellungen assoziiert, sobald der Index politischen Vertrauens in das Modell aufgenommen wird. Wird die kritische Haltung zur Arbeitsmigration dem Index migrationskritischer Einstellungen zugeschlagen, so bleiben die Befunde bezüglich der drei verbleibenden wirtschafts- und sozialpolitischen Einstellungen robust. Die Befunde bezüglich der Hauptzusammenhänge sowie den Moderationseffekten der Wahrnehmung ökonomischer Missstände bleiben zudem stabil, wenn dem Problem fehlender Werte mit multipler Imputation begegnet wird.

Die kausale Richtung der Zusammenhänge kann nicht final geklärt werden. Als Robustheitstest nimmt der Index populistischer Einstellungen die Rolle der erklärenden Variable ein, während die wirtschafts- und sozialpolitischen Einstellungen einzeln nacheinander die abhängige Variable bilden. Die drei Missstandswahrnehmungen sind Kontrollvariablen (Modell 3). Die Zusammenhänge sind robust: Der Populismus-Index ist negativ mit der Befürwortung von Staatsinterventionen und positiv mit der Präferenz für Umverteilung sowie Freihandels- und Arbeitsmigrationskritik assoziiert. Dies gilt auch, wenn die verbleibenden wirtschafts- und sozialpolitischen Einstellungen, die *nicht* die abhängige Variable sind, als Kontrollvariablen in das jeweilige Modell eingehen.

Ergänzend wurde untersucht, ob die untersuchten Einstellungen die Neigung zu populistischen Parteien begünstigen (Details siehe Online-Anhang). Während die Zusammenhänge zwischen beiden Einstellungsdimensionen für nahezu alle Wähler-Innengruppen grundsätzlich gelten, gibt diese Analyse Hinweise darauf, inwiefern populistische Parteien von diesen (bereits) profitieren. Umverteilungspräferenzen, Freihandelsskepsis und die Wahrnehmung sozialer Ungerechtigkeit gehen mit einer Linkspartei-Neigung einher. Die Skepsis gegenüber Freihandel und Arbeitsmigration, Gefühle relativer Deprivation und populistische Einstellungen sind mit einer AfD-Nähe verbunden. Für Umverteilungspräferenzen und eine Ablehnung von Staatsinterventionen gilt dies nicht robust. Hinsichtlich dieser beiden binnenwirtschaftlichen Aspekte gibt es jedoch Hinweise auf eine vermittelnde Rolle populistischer Einstellungen. Zusammengefasst spiegelt nur die Neigung zur AfD eingeschränkt die inkonsistenten Zusammenhänge der Einstellungsdimensionen wider.

6 Zusammenfassung und Diskussion

Dieser Artikel hat sich mit den Zusammenhängen zwischen wirtschafts- sowie sozialpolitischen Einstellungen einerseits und populistischen Einstellungen andererseits befasst. Bei wirtschafts- und sozialpolitischen Einstellungen wurden regulative und redistributive Aspekte sowie ein Bezug zur Binnen- oder zur Außenwirtschaft unterschieden. Populistische Einstellungen wurden basierend auf der Populismus-Definition nach Mudde (2004) als „dünne Ideologie“ erfasst. Als Kontextfaktoren wurden Sorgen um die eigene ökonomische Lage, Gefühle relativer Deprivation, die Bewertung der gesamtgesellschaftlichen Ungleichheit als ungerecht sowie parteipolitische Neigungen betrachtet.

Auf Basis der ALLBUS 2018 und mit linearen Regressionsmodellen wurden die Zusammenhänge für die Wahlbevölkerung Deutschlands empirisch untersucht. BürgerInnen, die Staatsinterventionen in die Binnenwirtschaft stärker ablehnen, aber auch jene, die Umverteilung stärker befürworten, weisen stärker ausgeprägte populistische Einstellungen auf. Auch gehen eine Skepsis gegenüber Freihandel und Arbeitsmigration mit populistischeren Einstellungen einher. Werden ökonomische Missstände wahrgenommen, ändert dies die Zusammenhänge bezüglich der Binnenwirtschaft kaum. Einzig eine stärkere Wahrnehmung sozialer Ungerechtigkeit verstärkt statistisch signifikant die Verknüpfung von Umverteilungspräferenzen mit Populismus. Ab moderat ausgeprägten Missstandswahrnehmungen verbinden BürgerInnen eine Skepsis gegenüber Arbeitsmigration mit Populismus; doch sind diese verstärkenden Moderationseffekte selbst nicht statistisch signifikant. Hingegen schwächt sich bei stärkeren Missstandswahrnehmungen der Zusammenhang von Freihandelskritik und Populismus bis zur statistischen Insignifikanz ab. Doch nur für Gefühle relativer ökonomischer Benachteiligung ist dieser negative Moderationseffekt schwach statistisch signifikant. Ferner gelten die Zusammenhänge bezüglich der Binnenwirtschaft für jede WählerInnen-Gruppe einer Partei. Auch bezüglich der Außenwirtschaft sind die Zusammenhänge über Parteigrenzen hinweg tendenziell positiv, sind aber unter Beachtung der Parteipräferenzen sehr eingeschränkt statistisch signifikant.

Mit diesen Erkenntnissen leistet der Artikel einen empirischen Beitrag zum Verständnis des Zusammenhangs zwischen Vorstellungen zu konkreten Politikinhalt und Populismus, ohne dabei an eine politische Richtung gebunden zu sein. So können im Populismus mit der wirtschaftsliberalen Ablehnung von Staatsinterventionen und den Umverteilungspräferenzen ideologisch inkonsistente Ansichten zusammenfinden. Der breite Forschungszugang über die mehrdimensionale Auffassung wirtschafts- und sozialpolitischer Einstellungen und über allgemein populistische Einstellungen war für die Aufdeckung dieser Zusammenhänge nützlich.

Als theoretischen Beitrag bietet der Artikel mit der Bewertung konflikthafter Oben-Unten-Relationen eine Erklärung der inkonsistenten Zusammenhänge an. So können die Verhältnisse von Staat zu WirtschaftsakteurInnen sowie von ressourcenreich zu ressourcenarm als ökonomische Oben-Unten-Relationen begriffen werden. Die politische Oben-Unten-Relation zwischen Elite und Volk ist konstitutiv für Populismus. Wenn für eine ökonomische und die politische Relation das „Oben“ als Problem bewertet wird, teilen sich die Einstellungsdimensionen einen vertikalen

Konflikt, der sie miteinander verbindet. Dass auch Gefühle relativer Deprivation und die Wahrnehmung sozialer Ungerechtigkeit selbst populistische Einstellungen begünstigen, unterstreicht die Relevanz vertikaler Konflikte. Im Bereich Außenwirtschaft sind die Zusammenhänge deutlicher von Parteineigungen beeinflusst. Dies legt nahe, dass die Vorstellungen bezüglich der Außenwirtschaft stark von Parteipositionen strukturiert sind und weniger von Oben-Unten-Relationen.

Die Erkenntnisse sind zudem von gesellschaftspolitischer Relevanz. Parteien könnten diese Zusammenhänge aufgreifen und in Regierungsverantwortung wirtschaftliche sowie sozialstaatliche Institutionen entsprechend ändern (Busemeyer et al. 2022, S. 78). Die ideologisch inkonsistenten Zusammenhänge bezüglich Staatsinterventionen und Umverteilung könnten ein Erklärungsbaustein dafür sein, dass die Linkspartei mit einer konsistent staatszentrierten Programmatik trotz verbreiteter populistischer Einstellungen keine breite populistische WählerInnen-Basis mobilisiert. Dazu kommt der positive Zusammenhang migrationskritischer Einstellungen und Populismus, wohingegen die Linkspartei diesbezüglich eine progressive Programmatik verfolgt. Spiegelbildlich stehen Umverteilungspräferenzen sehr eingeschränkt im Einklang mit der aktuellen Positionierung der AfD (Havertz 2019). Ergänzende Analysen zeigten entsprechend, dass die inkonsistenten Zusammenhänge bisher weder klar eine Neigung zur Linkspartei noch zur AfD begünstigen.

Als Querschnittsanalyse auf Basis von Sekundärdaten aus einem Land weist der Artikel unvermeidlich Limitationen auf. Erstens sind alle Befunde Korrelationszusammenhänge und nicht notwendigerweise kausale Beziehungen (Huber et al. 2023; Tsatsanis et al. 2018). Auch wenn die Robustheit der Assoziationen durch einen Wechsel von abhängiger und unabhängiger Variablen gezeigt wurde, könnten weiterführende Analysen mit Panel-Daten *Änderungen* dieser Einstellungen zueinander in Relation setzen, um der Erfassung kausaler Beziehungen näherzukommen.

Zweitens konnte der Aspekt internationaler Umverteilung aus Gründen der Datenverfügbarkeit nicht operationalisiert werden. Weiterführende Forschung könnte mittels geeigneter Daten dieses Themenfeld in Analysen integrieren. Zudem konnten sozialpolitische Themen nicht detaillierter erfasst werden. Forschungsbeiträge mit einer feineren Differenzierung sozialpolitischer Präferenzen zeigen, dass UnterstützerInnen rechtspopulistischer Parteien eine *bestimmte* Vorstellung bezüglich des Wohlfahrtsstaates teilen und diesen im Sinne exkludierender Solidarität begreifen (Busemeyer et al. 2022; Enggist und Pinggera 2022; Goerres et al. 2018). Die Breite wirtschafts- und sozialpolitischer Themenfelder, die hier behandelt wurde, ging auf Kosten der Tiefe bei einzelnen Themenfeldern. Die Forschungsansätze sollten daher als komplementär angesehen werden.

Drittens ist die Generalisierbarkeit der Erkenntnisse zu diskutieren. Der parteipolitische Kontext ist ein pluralistisches Parteiensystem einer parlamentarischen Demokratie mit oppositionellen Rollen einer links- wie rechtspopulistischen Partei. Die binnenwirtschaftlichen Zusammenhänge waren von diesem Kontext unberührt und sollten unter vergleichbaren Umständen gelten (vgl. Akkerman et al. 2017; Zaslave und Meijers 2023). So zeigen sich auf Basis niederländischer Umfragedaten von 2013 übereinstimmend positive bivariate Korrelationen zwischen populistischen Einstellungen und Umverteilungspräferenzen, allerdings auch eine positive, aber äußerst schwache Korrelation mit der Befürwortung besserer staatlicher Kontrolle von

Firmen (Akkerman et al. 2017, S. 386–387). Der Untersuchungszeitraum 2018 lag zudem außerhalb großer Wirtschaftskrisen. Tsatsanis et al. (2018) zeigen hingegen mit Daten aus Griechenland, die inmitten der Eurokrise 2015 erhoben wurden, eine klar negative Assoziation wirtschaftsliberaler und populistischer Einstellungen. Weiter könnte die Generalisierbarkeit auf nordeuropäische, exportorientierte Volkswirtschaften eingeschränkt sein. Denn in diesen könne nach Manow (2018) nicht Freihandel als Problem, sondern Migration als Bedrohung für den Wohlfahrtsstaat aufgefasst werden. Die Ausgestaltung wirtschafts- und sozialstaatlicher Institutionen könnte also die Zusammenhänge beeinflussen. Dass Missstandswahrnehmungen den Zusammenhang zwischen Freihandelskritik und Populismus tendenziell abschwächen, aber jenen bezüglich der Skepsis gegenüber Arbeitsmigration verstärken, entspricht den Erwartungen für die Exportnation Deutschland. Weiterführende Forschung könnte künftig länderspezifische und zeitliche Umstände beachten, um die Generalisierbarkeit der Zusammenhänge zu prüfen. Zum einen könnten diese erforscht werden, wenn populistische Parteien in Regierungsverantwortung sind und damit die Einstellungen von BürgerInnen möglicherweise stärker beeinflussen (vgl. Zaslove und Meijers 2023). Zum anderen könnte der Einfluss der objektiven ökonomischen Lage des Landes (Rooduijn und Burgoon 2018) oder der Einfluss der Ausgestaltung des Wirtschaftssystems (Manow 2018) analysiert werden.

Trotz dieser Limitationen liefert der Artikel die gesellschaftspolitisch relevante empirische Evidenz, dass im Populismus „unorthodoxe“ Kombinationen an wirtschafts- und sozialpolitischen Einstellungen zusammenfinden können und dabei gerade vertikale Konflikte von Bedeutung sind. Rechtspopulistische Parteien könnten dies bei ihrer Positionierung ausnutzen, da sie wirtschafts- und sozialpolitisch flexibel sind (Colantone und Stanig 2019). Daher sollten auch andere Parteien im Blick haben, wirtschafts- und sozialpolitische Positionen anzubieten, welche diese vertikalen Konflikte adressieren, ohne aber durch vereinfachende Schuldzuschreibungen eine Gefahr für die westliche Demokratie darzustellen.

Zusatzmaterial online Zusätzliche Informationen sind in der Online-Version dieses Artikels (<https://doi.org/10.1007/s11615-023-00513-y>) enthalten.

Danksagung Ich danke Sebastian Koos, Sven Jochem, Alexander Wuttke, Martin Gross und den beiden anonymen GutachterInnen für ihre sehr hilfreichen Anmerkungen.

Förderung Der korrespondierende Autor erklärt, ein Doktorandenstipendium der Universität Konstanz nach dem Landesgraduiertenförderungsgesetz (LGFG) zu erhalten.

Funding Open Access funding enabled and organized by Projekt DEAL.

Open Access Dieser Artikel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Die in diesem Artikel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.

Weitere Details zur Lizenz entnehmen Sie bitte der Lizenzinformation auf <http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>.

Literatur

- Akkerman, Agnes, Cas Mudde, und Andrej Zaslove. 2014. How populist are the people? Measuring populist attitudes in voters. *Comparative Political Studies* 47(9):1324–1353. <https://doi.org/10.1177/0010414013512600>.
- Akkerman, Agnes, Andrej Zaslove, und Bram Spruyt. 2017. ‘We the people’ or ‘we the peoples’? A comparison of support for the populist radical right and populist radical left in the Netherlands. *Swiss Political Science Review* 23(4):377–403. <https://doi.org/10.1111/spsr.12275>.
- Algan, Yann, Sergei Guriev, Elias Papaioannou, und Evgenia Passari. 2017. The European trust crisis and the rise of populism. *Brookings Papers on Economic Activity* 2017(2):309–400.
- Anelli, Massimo, Italo Colantone, und Piero Stanig. 2021. Individual vulnerability to industrial robot adoption increases support for the radical right. *Proceedings of the National Academy of Sciences* 118(47):e2111611118. <https://doi.org/10.1073/pnas.2111611118>.
- Arzheimer, Kai. 2009a. Contextual factors and the extreme right vote in western Europe, 1980–2002. *American Journal of Political Science* 53(2):259–275. <https://doi.org/10.1111/j.1540-5907.2009.00369.x>.
- Arzheimer, Kai. 2009b. Ideologien. In *Politische Soziologie. Ein Studienbuch*, Hrsg. Viktoria Kaina, Andrea Römmele, 83–108. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Baumann, Horst, Sonja Schulz, und Sarah Thiesen. 2019. *ALLBUS 2018—variable report*. Köln: GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften.
- Bechtel, Michael M., Jens Hainmueller, und Yotam Margalit. 2014. Preferences for international redistribution: the divide over the Eurozone bailouts. *American Journal of Political Science* 58(4):835–856. <https://doi.org/10.1111/ajps.12079>.
- Brambor, Thomas William Roberts Clark, und Matt Golder. 2006. Understanding interaction models: improving empirical analyses. *Political Analysis* 14(1):63–82. <https://doi.org/10.1093/pan/mpi014>.
- Burgoon, Brian, und Matthijs Rooduijn. 2021. ‘Immigrationization’ of welfare politics? Anti-immigration and welfare attitudes in context. *West European Politics* 44(2):177–203. <https://doi.org/10.1080/01402382.2019.1702297>.
- Burgoon, Brian, Sam van Noort, Matthijs Rooduijn, und Geoffrey Underhill. 2019. Positional deprivation and support for radical right and radical left parties. *Economic Policy* 34(97):49–93. <https://doi.org/10.1093/epolic/eiy017>.
- Busemeyer, Marius R., Philip Rathgeb, und Alexander H.J. Sahn. 2022. Authoritarian values and the welfare state: the social policy preferences of radical right voters. *West European Politics* 45(1):77–101. <https://doi.org/10.1080/01402382.2021.1886497>.
- Carifco, James, und Rocco J. Perla. 2007. Ten common misunderstandings, misconceptions, persistent myths and urban legends about Likert scales and Likert response formats and their antidotes. *Journal of Social Sciences* 3(3):106–116. <https://doi.org/10.3844/jssp.2007.106.116>.
- Castanho Silva, Bruno, Sebastian Jungkunz, Marc Helbling, und Levente Littvay. 2019. An empirical comparison of seven populist attitudes scales. *Political Research Quarterly* <https://doi.org/10.1177/1065912919833176>.
- Colantone, Italo, und Piero Stanig. 2018. The trade origins of economic nationalism: import competition and voting behavior in western Europe. *American Journal of Political Science* 62(4):936–953. <https://doi.org/10.1111/ajps.12358>.
- Colantone, Italo, und Piero Stanig. 2019. The surge of economic nationalism in western Europe. *Journal of Economic Perspectives* 33(4):128–151. <https://doi.org/10.1257/jep.33.4.128>.
- Dallinger, Ursula. 2010. Public support for redistribution: what explains cross-national differences? *Journal of European Social Policy* 20(4):333–349. <https://doi.org/10.1177/0958928710374373>.
- De Cleen, Benjamin, und Yannis Stavrakakis. 2017. Distinctions and articulations: a discourse theoretical framework for the study of populism and nationalism. *Javnost—The Public* 24(4):301–319. <https://doi.org/10.1080/13183222.2017.1330083>.
- Di Tella, Rafael, und Dani Rodrik. 2020. Labour market shocks and the demand for trade protection: evidence from Online surveys. *The Economic Journal* 130(628):1008–1030. <https://doi.org/10.1093/ej/ueaa006>.

- Diekmann, Andreas, Andreas Hadjar, Karin Kurz, Ulrich Rosar, Ulrich Wagner, und Bettina Westle. 2019. *Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften ALLBUS 2018*. Köln: GESIS Datenarchiv. <https://doi.org/10.4232/1.13250>.
- Elchardus, Mark, und Bram Spruyt. 2016. Populism, persistent republicanism and decline: an empirical analysis of populism as a thin ideology. *Government and Opposition* 51(1):111–133. <https://doi.org/10.1017/gov.2014.27>.
- Enggist, Matthias, und Michael Pinggera. 2022. Radical right parties and their welfare state stances—not so blurry after all? *West European Politics* 45(1):102–128. <https://doi.org/10.1080/01402382.2021.1902115>.
- Ennser-Jedenastik, Laurenz. 2016. A welfare state for whom? A group-based account of the Austrian freedom party's social policy profile. *Swiss Political Science Review* 22(3):409–427. <https://doi.org/10.1111/spsr.12218>.
- Geurkink, Bram, Andrej Zaslove, Roderick Sluiter, und Kristof Jacobs. 2020. Populist attitudes, political trust, and external political efficacy: old wine in new bottles? *Political Studies* 68(1):247–267. <https://doi.org/10.1177/0032321719842768>.
- Gidron, Noam, und Jonathan J.B. Mijts. 2019. Do changes in material circumstances drive support for populist radical parties? Panel data evidence from the Netherlands during the great recession, 2007–2015. *European Sociological Review* 35(5):637–650. <https://doi.org/10.1093/esr/jcz023>.
- Goerres, Achim, Dennis C. Spies, und Staffan Kumlin. 2018. The electoral supporter base of the alternative for Germany. *Swiss Political Science Review* 24(3):246–269. <https://doi.org/10.1111/spsr.12306>.
- Guiso, Luigi, Helios Herrera, Massimo Morelli, und Tommaso Sonno. 2020. Economic insecurity and the demand of populism in Europe. <https://www.heliosherrera.com/populism.pdf>. Zugegriffen: 5. Juni 2020.
- Guiso, Luigi, Massimo Morelli, Tommaso Sonno, und Helios Herrera. 2021. *The financial drivers of populism in Europe*. Milano: Università Bocconi. <https://www.ssrn.com/abstract=3922661>, Zugegriffen: 19.11.2021.
- Gurie, Sergei, und Elias Papaioannou. 2022. The political economy of populism. *Journal of Economic Literature* 60(3):753–832. <https://doi.org/10.1257/jel.20201595>.
- Hainmueller, Jens, und Michael J. Hiscox. 2006. Learning to love globalization: education and individual attitudes toward international trade. *International Organization* 60(02):469–498. <https://doi.org/10.1017/S0020818306060140>.
- Häusermann, Silja, Thomas Kurer, und Hanna Schwander. 2015. High-skilled outsiders? Labor market vulnerability, education and welfare state preferences. *Socio-Economic Review* 13(2):235–258. <https://doi.org/10.1093/ser/mwu026>.
- Havertz, Ralf. 2019. Right-wing populism and neoliberalism in Germany: the AfD's embrace of ordoliberalism. *New Political Economy* 24(3):385–403. <https://doi.org/10.1080/13563467.2018.1484715>.
- Hawkins, Kirk A., Cristóbal Rovira Kaltwasser, und Ioannis Andreadis. 2020. The activation of populist attitudes. *Government and Opposition* 55(2):283–307. <https://doi.org/10.1017/gov.2018.23>.
- Heinisch, Reinhard, und Carsten Wegscheider. 2020. Disentangling how populism and radical host ideologies shape citizens' conceptions of democratic decision-making. *Politics and Governance* 8(3):32–44. <https://doi.org/10.17645/pag.v8i3.2915>.
- Hemerijck, Anton. 2018. Social investment as a policy paradigm. *Journal of European Public Policy* 25(6):810–827. <https://doi.org/10.1080/13501763.2017.1401111>.
- Hoelscher, Michael. 2012. Transnationale Wirtschaftskulturen in Europa: Empirische Befunde. *Geschichte und Gesellschaft* 24(Sonderheft):182–201.
- Huber, Robert A., Michael Jankowski, und Carsten Wegscheider. 2023. Explaining populist attitudes: the impact of policy discontent and representation. *Politische Vierteljahresschrift* 64(1):133–154. <https://doi.org/10.1007/s11615-022-00422-6>.
- Jost, John T., M. Federico Christopher, und Jaime L. Napier. 2009. Political ideology: its structure, functions, and elective affinities. *Annual Review of Psychology* 60(1):307–337. <https://doi.org/10.1146/annurev.psych.60.110707.163600>.
- Jäger, Mads Meier. 2013. The effect of macroeconomic and social conditions on the demand for redistribution: a pseudo panel approach. *Journal of European Social Policy* 23(2):149–163. <https://doi.org/10.1177/0958928712471225>.
- Kitschelt, Herbert, und Anthony J. McGann. 1997. *The radical right in western Europe. A comparative analysis*. Ann Arbor: University of Michigan Press.
- Krause, Werner, Marcus Spittler, und Aiko Wagner. 2017. Attraktion und Repulsion. AnhängerInnen rechts- und linkspopulistischer Parteien im europäischen Vergleich. In *Das Volk gegen die (liberale) Demokratie*, Hrsg. Dirk Jörke, Oliver Nachtwey, 106–137. Baden-Baden: Nomos.

- Kriesi, Hanspeter, und Julia Schulte-Cloos. 2020. Support for radical parties in Western Europe: Structural conflicts and political dynamics. *Electoral Studies* 65:102138. <https://doi.org/10.1016/j.electstud.2020.102138>.
- Kurer, Thomas, Silja Häusermann, Bruno Wüest, und Matthias Eggist. 2019. Economic grievances and political protest. *European Journal of Political Research* 58:866–892. <https://doi.org/10.1111/1475-6765.12318>.
- Liddell, Torrin M., und John K. Kruschke. 2018. Analyzing ordinal data with metric models: what could possibly go wrong? *Journal of Experimental Social Psychology* 79:328–348. <https://doi.org/10.1016/j.jesp.2018.08.009>.
- Lindh, Arvid, und Leslie McCall. 2020. Class position and political opinion in rich democracies. *Annual Review of Sociology* 46(1):419–441. <https://doi.org/10.1146/annurev-soc-121919-054609>.
- Lowi, Theodore J. 1972. Four systems of policy, politics, and choice. *Public Administration Review* 32(4):298–310. <https://doi.org/10.2307/974990>.
- Lux, Thomas. 2018. Die AfD und die unteren Statuslagen. Eine Forschungsnotiz zu Holger Lengfelds Studie Die „Alternative für Deutschland“: eine Partei für Modernisierungsverlierer? *KZfJSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 70(2):255–273. <https://doi.org/10.1007/s11577-018-0521-2>.
- Mader, Matthias, Nils D. Steiner, und Harald Schoen. 2019. The globalisation divide in the public mind: belief systems on globalisation and their electoral consequences. *Journal of European Public Policy* 27(10):1526–1545. <https://doi.org/10.1080/13501763.2019.1674906>.
- Manow, Philip. 2018. *Die Politische Ökonomie des Populismus*. Berlin: Suhrkamp.
- Mansfield, Edward D., und Diana C. Mutz. 2009. Support for free trade: self-interest, Sociotropic politics, and out-group anxiety. *International Organization* 63(3):425–457. <https://doi.org/10.1017/S0020818309090158>.
- Margalit, Yotam. 2013. Explaining social policy preferences: evidence from the great recession. *American Political Science Review* 107(1):80–103. <https://doi.org/10.1017/S0003055412000603>.
- Margalit, Yotam. 2019a. Economic insecurity and the causes of populism, reconsidered. *Journal of Economic Perspectives* 33(4):152–170. <https://doi.org/10.1257/jep.33.4.152>.
- Margalit, Yotam. 2019b. Political responses to economic shocks. *Annual Review of Political Science* 22(1):277–295. <https://doi.org/10.1146/annurev-polisci-050517-110713>.
- Mau, Steffen, Thomas Lux, und Fabian Gülzau. 2020. Die drei Arenen der neuen Ungleichheitskonflikte. Eine sozialstrukturelle Positionsbestimmung der Einstellungen zu Umverteilung, Migration und sexueller Diversität. *Berliner Journal für Soziologie* 30(3–4):317–346. <https://doi.org/10.1007/s11609-020-00420-8>.
- Mayda, Anna Maria, und Dani Rodrik. 2005. Why are some people (and countries) more protectionist than others? *European Economic Review* 49(6):1393–1430. <https://doi.org/10.1016/j.euroecorev.2004.01.002>.
- Meltzer, Allan H., und Scott F. Richard. 1981. A rational theory of the size of government. *Journal of Political Economy* 89(5):914–927. <https://doi.org/10.1086/261013>.
- Moffitt, Benjamin. 2018. The populism/anti-populism divide in western Europe. *Democratic Theory* 5(2):1–16. <https://doi.org/10.3167/dt.2018.050202>.
- Mudde, Cas. 2004. The Populist Zeitgeist. *Government and Opposition* 39(4):541–563. <https://doi.org/10.1111/j.1477-7053.2004.00135.x>.
- Mudde, Cas, und Cristóbal Rovira Kaltwasser. 2018. Studying populism in comparative perspective: reflections on the contemporary and future research agenda. *Comparative Political Studies* 51(13):1667–1693. <https://doi.org/10.1177/0010414018789490>.
- Norris, Pippa, und Ronald Inglehart. 2019. *Cultural backlash: Trump, Brexit, and authoritarian populism*. Cambridge: Cambridge University Press.
- van Oorschot, Wim. 2006. Making the difference in social Europe: deservingness perceptions among citizens of European welfare states. *Journal of European Social Policy* 16(1):23–42. <https://doi.org/10.1177/0958928706059829>.
- Otjes, Simon, Gilles Ivaldi, Anders Ravik Jupskås, und Oscar Mazzoleni. 2018. It's not economic interventionism, stupid! Reassessing the political economy of radical right-wing populist parties. *Swiss Political Science Review* 24(3):270–290. <https://doi.org/10.1111/spsr.12302>.
- R Core Team. 2022. *R: a language and environment for statistical computing*. Vienna: R Foundation for Statistical Computing. <https://www.R-project.org/>.
- Rico, Guillem, und Eva Anduiza. 2019. Economic correlates of populist attitudes: an analysis of nine European countries in the aftermath of the great recession. *Acta Politica* 54(3):371–397. <https://doi.org/10.1057/s41269-017-0068-7>.

- Rippl, Susanne, und Christian Seipel. 2018. Modernisierungsverlierer, Cultural Backlash, Postdemokratie: Was erklärt rechtspopulistische Orientierungen? *KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 70(2):237–254. <https://doi.org/10.1007/s11577-018-0522-1>.
- Rodrik, Dani. 2018a. Populism and the economics of globalization. *Journal of International Business Policy* 1(1–2):12–33. <https://doi.org/10.1057/s42214-018-0001-4>.
- Rodrik, Dani. 2018b. What do trade agreements really do? *Journal of Economic Perspectives* 32(2):73–90. <https://doi.org/10.1257/jep.32.2.73>.
- Rooduijn, Matthijs, Stijn Van Kessel, Caterina Froio, Andrea Pirro, Sarah De Lange, Daphne Halikiopoulou, Paul Lewis, Cas Mudde, und Paul Taggart. 2019. The populist: an overview of populist, far right, far left and Eurosceptic parties in Europe. www.popu-list.org. Zugegriffen: 19. Nov. 2021.
- Rooduijn, Matthijs, und Tjitske Akkerman. 2017. Flank attacks: Populism and left-right radicalism in Western Europe. *Party Politics* 23(3):193–204. <https://doi.org/10.1177/1354068815596514>.
- Rooduijn, Matthijs, und Brian Burgoon. 2018. The paradox of well-being: do unfavorable socioeconomic and sociocultural contexts deepen or dampen radical left and right voting among the less well-off? *Comparative Political Studies* 51(13):1720–1753. <https://doi.org/10.1177/0010414017720707>.
- Röth, Leonce, Alexandre Afonso, und Dennis C. Spies. 2018. The impact of populist radical right parties on socio-economic policies. *European Political Science Review* 10(3):325–350. <https://doi.org/10.1017/S1755773917000133>.
- Rovira Kaltwasser, Cristóbal, Robert Vehrkamp, und Christopher Wratil. 2019. *Europa hat die Wahl. Populistische Einstellungen und Wahlabsichten bei der Europawahl 2019*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung. <https://www.bertelsmann-stiftung.de/doi/10.11586/2019020>, Zugegriffen: 18.10.2021.
- Rovny, Jan, und Jonathan Polk. 2020. Still blurry? Economic salience, position and voting for radical right parties in Western Europe. *European Journal of Political Research* 59(2):248–268. <https://doi.org/10.1111/1475-6765.12356>.
- Runciman, W.G. 1966. *Relative deprivation and social justice. A study of attitudes to social inequality in twentieth century England*. Berkeley: University of California Press.
- Sachweh, Patrick. 2020. Social integration and right-wing populist voting in Germany. How subjective social marginalization affects support for the AfD. *Analyse & Kritik* 42(2):369–398. <https://doi.org/10.1515/auk-2020-0015>.
- Schäfer, Armin, und Michael Zürn. 2021. *Die demokratische Regression die politischen Ursachen des autoritären Populismus*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Spruyt, Bram, Gil Keppens, und Filip Van Droogenbroeck. 2016. Who supports populism and what attracts people to it? *Political Research Quarterly* 69(2):335–346. <https://doi.org/10.1177/1065912916639138>.
- Steiner, Nils D., und Claudia Landwehr. 2018. Populistische Demokratiekonzeptionen und die Wahl der AfD: Evidenz aus einer Panelstudie. *Politische Vierteljahresschrift* 59(3):463–491. <https://doi.org/10.1007/s11615-018-0083-y>.
- Steiner, Nils D., Christian H. Schimpf, und Alexander Wuttke. 2023. Left behind and united by populism? Populism's multiple roots in feelings of lacking societal recognition. *Politische Vierteljahresschrift* 64(1):107–132. <https://doi.org/10.1007/s11615-022-00416-4>.
- Stoetzer, Lukas F., Johannes Giesecke, und Heike Klüver. 2023. How does income inequality affect the support for populist parties? *Journal of European Public Policy* 30(1):1–20. <https://doi.org/10.1080/13501763.2021.1981981>.
- Tsatsanis, Emmanouil, Ioannis Andreadis, und Eftichia Teperoglou. 2018. Populism from Below: Socio-economic and ideological correlates of mass attitudes in Greece. *South European Society and Politics* 23(4):429–450. <https://doi.org/10.1080/13608746.2018.1510635>.
- Van Hauwaert, Steven M., und Stijn Van Kessel. 2018. Beyond protest and discontent: a cross-national analysis of the effect of populist attitudes and issue positions on populist party support. *European Journal of Political Research* 57(1):68–92. <https://doi.org/10.1111/1475-6765.12216>.
- van der Waal, Jeroen, und Willem de Koster. 2018. Populism and support for protectionism: the relevance of opposition to trade openness for leftist and rightist populist voting in the Netherlands. *Political Studies* 66(3):560–576. <https://doi.org/10.1177/0032321717723505>.
- Westle, Bettina. 2020. Schützt politisches Wissen vor Populismus? In *Politisches Wissen in Deutschland*, Hrsg. Markus Tausendpfund, Bettina Westle, 199–244. Wiesbaden: Springer. https://doi.org/10.1007/978-3-658-30492-8_7.
- Wuttke, Alexander, Christian Schimpf, und Harald Schoen. 2020. When the whole is greater than the sum of its parts: on the conceptualization and measurement of populist attitudes and other multidimensional constructs. *American Political Science Review* 114(2):356–374. <https://doi.org/10.1017/S0003055419000807>.

- Zaller, John R. 1992. *The nature and origins of mass opinion*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Zaslove, Andrej, und Maurits Meijers. 2023. Populist democrats? Unpacking the relationship between populist and democratic attitudes at the citizen level. *Political Studies* <https://doi.org/10.1177/00323217231173800>.
- Zaslove, Andrej, Bram Geurkink, Kristof Jacobs, und Agnes Akkerman. 2021. Power to the people? Populism, democracy, and political participation: a citizen's perspective. *West European Politics* 44(4):727–751. <https://doi.org/10.1080/01402382.2020.1776490>.
- Zulianello, Mattia. 2020. Varieties of populist parties and party systems in Europe: from state-of-the-art to the application of a novel classification scheme to 66 parties in 33 countries. *Government and Opposition* 55(2):327–347. <https://doi.org/10.1017/gov.2019.21>.

Hinweis des Verlags Der Verlag bleibt in Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutsadressen neutral.